lutionären Gewerkschaften. Der deutsch-russische Vertrag schließt auch den Rechtskurs der KPD. mit ein, bildet ein Stück davon. Den Arbeitern gegenüber wird diese Politik mit allen möglichen Phrasen schmackhaft gemacht damit sie nicht auf den Kern der Sache dringen. Das Ziel ist die Korrumpierung und Zersetzung der revolutionären Bewegung. Dabei gehen sie scheu mit den Scheidemännern Arm in Arm. Der Liquidierung der „Roten Gewerkschaftsinternationale“ muß über kurz oder lang die Liquidierung der III. Internationale folgen. Diese Liquidierung erfolgt langsam, um währenddessen Zeit zu gewinnen, die revolutionären Elemente einzeln auszuschiffen, zu diskreditieren, die Partei von den lebendigen Geistern zu trennen, um den Teil, den man nicht mit Geld korrumpieren kann, langsam und sicher zu verdummen, daß er hilflos der Noskepartei ausgeliefert werden kann.

Das revolutionäre Proletariat vergißt nie die großen Erfahrungen der russischen Oktoberrevolution, so wenig es die Erfahrungen der Pariser Kommune vergißt. Aber es weiß: So wenig das Frankreich von heute das Frankreich der heldenhaften Kommunekämpfer ist, so wenig ist das Rußland von heute das Rußland der Oktoberrevolution. Die Szene hat gründlich gewechselt. Die Arbeiter Westeuropas, der Welt, müssen sich vorbereiten zum letzten Kampf in der furchtbaren, unheilbaren Krise des Kapitals. Sie haben keine Zeit, den russischen Bauern und ihrer Regierung Handlangerdienste zu leisten. Das revolutionäre Proletariat übernimmt die Parole der russischen Oktoberrevolution, um sie in den stärksten Festungen der kapitalistischen Welt, dem Zentrum des Weltkapitals zu verwirklichen:

**Die proletarische Weltrevolution — das ist die einzige Rettung der unterdrückten Klasse der ganzen Welt!**

## Wirtschaft

### Die Arbeitslosigkeit steigt

In der mit dem 24. April schließenden Woche hat sich die Arbeitslosenziffer weiter um rund 700 erhöht. Relativ ging wieder die Ziffer der männlichen Arbeitslosen um knapp 500 zurück, die der weiblichen stieg um etwa 1100. Es ist dies also dieselbe Erscheinung, wie sie seit Wochen zu beobachten ist. Die Industrie wirft mehr hinaus, als die Saisongewerbe aufnehmen. Im Vorjahr war die Erwerbslosenziffer von ihrem höchsten Stand bis Ende April um mehr als 500 000 gesunken, trotzdem die Arbeitslosenziffer 1925 zu dieser Zeit knapp den vierten Teil der diesjährigen betrug.

Es waren 245 507 Personen bei den Arbeitsnachweisen eingetragen, gegen 244 883 der Vorwoche. Darunter befanden sich 164 607 (165 078) männliche und 80 900 (79 805) weibliche Personen. Unterstützung bezogen 133 698 (134 674) männliche und 56 914 (56 235) weibliche, insgesamt 190 612 (190 909) Personen.

Diese Darstellungen zeigen, daß die Krise in den entscheidenden Industrien immer noch so eminent fortschreitet, daß die im Frühjahr einsetzende Konjunktur in der Landwirtschaft, Bauindustrie, Gastwirtsgewerbe usw. noch nicht einmal die Zahl aufnimmt, die die Industrie ausspeit. „Anzeichen der Besserung“, schreibt der „Vorwärts“, „sind noch nicht vorhanden“; und freut sich, daß die Arbeiter so ruhig verhungern, und diese Demokratie anbeten.

Die Steigerung der Erwerbslosenziffer Ende April, wo Land- und Forstwirtschaft und Gärtnerei schon Hochbetrieb haben und das Baugewerbe eigentlich in Gang sein sollte, ist wohl der beste Beweis der unheilbaren Krise, in der sich die deutsche Wirtschaft und mit ihr das übrige Europa befindet. Die deutschen Proletarier werden aus dem Dämmerzustand, in den sie durch die süßen Schalmeientöne ihrer Gebieter aus den Gewerkschaften und Parlamentsparteien gewiegt wurden, einst jäh erwachen, oder sie werden in der Narkose zertreten werden. Den riesigen Menschenüberschuß vermag die Industrie nicht für die Dauer zu ernähren, soll das Kapital sich nicht selbst in den Abgrund arbeiten.

Und das Kapital hat seine Lage erfaßt. Das beweisen die täglichen Entlassungen und Stillegungen, die Kurzarbeit und Feierschichten, die Lohnkürzungen und die verschärfte Auspressung der Lohnsklaven. Aber das dicke Ende steht dem Proletariat noch bevor. Die Rationalisierung, d. h. die Steigerung der Technik und die Produktionssteigerung mit herabgesetzten Belegschaftsziffern soll erst beginnen. Schon zeichnen sich leise die Konturen am wirtschaftlichen Horizont ab, wie der Kapitalismus seine Zukunft zu gestalten denkt. In der Zeit, in der die Arbeitslosenziffer unentwegt stieg — um nur einige Beispiele herauszugreifen — stieg auch teilweise die Produktion. So hat die Autobranche, während sie Betrieb über Betrieb schloß und die meisten Arbeiter aufs Pflaster setzte, ihre Produktion enorm erhöht. Der Bestand an Automobilen ist in Deutschland seit Januar 1925 um rund 100 000 auf 230 000 Stück oder um rund 45 Prozent gestiegen. Relativ ist auch die Kohlenförderung enorm gestiegen, während viele zehntausende Arbeiter abgebaut wurden. Ebenfalls stieg im März die Rohstahlgewinnung um 3,5 Prozent und die Erzeugung der Walzwerke um 3,8 Prozent, während diese Industrien ebenfalls große Arbeitermassen entließen. Die geringe Produktionssteigerung ist verwendet für die Ausfuhr, die mit den Steuern der Proletarier finanziert wird, um im Ausland und darauf wieder in Deutschland die Löhne zu drücken. Der Mansfeldkonzern der mit Staatsmitteln arbeitet, berichtet in seinem soeben herausgegebenen Geschäftsbericht einen Leistungszuwachs der Gesamtbelegschaft der Förderschächte je Kopf und Schicht für Erz 18 Prozent, für den Kupferinhalt der Erzförderung 24 Prozent gegenüber dem Vorjahre. Die Gestehungskosten im Hüttenbetrieb haben eine weitere Senkung erfahren, die Löhne wurden abgebaut, Arbeiter entlassen. Die Gesellschaft hat einen Reingewinn von 2,8 Millionen RM. (i. V. Verlust 0,221), aus dem eine 8 prozent. Dividende zur Ausschüttung gelangt.

Erwach Prolet, erwache!

### Rheinland-Westfalen.

Ueber Arbeitsmarkt und Wirtschaftslage in der Rheinprovinz berichtet das Landesarbeits- und Berufsamt in Düsseldorf: Es sei „eine Verkennung der Wirtschaftslage, wenn man eine baldige durchgreifende Besserung des Arbeitsmarktes erwartet. Im Bergbau und in den bekannten notleidenden Industrien sinkt der Arbeitsmarkt weiter, wenn auch ganz langsam. Die Feierschichten mehren sich, in der Kleineisenindustrie sind wieder Betriebe zum Erliegen gekommen. Die angebotenen Arbeitsstellen sind in vielen Fällen nur kurzfristige Gelegenheitsarbeiten. In der Textilindustrie ist die Kurzarbeit weit verbreitet. Die Kurzarbeiterunterstützung ist auf 6 Wochen befristet. Für zahlreiche Arbeiter ist diese Frist abgelaufen und sie scheiden, obwohl die Kurzarbeit andauert, aus der Unterstützung aus. Die durch Monate hindurch fortgesetzte Kurzarbeit zeigt die ganze Schwäche der Lage, ganz abgesehen davon, daß der Wirkungsgrad der nur teilweise beschäftigten Betriebe schlecht ist. Hier wird der Konkurrenzkampf noch längere Zeit fortgehen, bis sich zeigt, welche Betriebe sich eine volle Beschäftigung sichern können.“

### Bankzusammenbruch in Norwegen!

Helgolands Privatbank, eine nicht unbedeutende Aktienbank, ist zusammengebrochen. Die Zahlungen wurden eingestellt und die Bank geschlossen.

### Zusammenbruch eines Warenhauses in Rotterdam.

Ueber die Aktiengesellschaft N. V. Coin Donney u. Co., Eigentümerin des auf der Korte Hoogstraat in Rotterdam gelegenen Warenhauses und des sich auf dem O. Z. Achterburgwal in Amsterdam befindlichen Fabrikgeländes (das Unternehmen befand sich seit einiger Zeit in Zahlungsschwierigkeiten) ist, laut „Konfektionär“, von Amts wegen der Konkurs verhängt worden. Das Warenhaus, in dem über 150 Verkäufer und Verkäuferinnen tätig gewesen sind, ist geschlossen und die Waren sowie die Kassengelder in Beschlag genommen.

### Zusammenbrüche in Oesterreich.

Ueber die Firma Vas u. Barna, Woll- und Seidenwarengroßhandlung, eines der bedeutendsten Geschäftshäuser, ist das gerichtliche Ausgleichsverfahren eröffnet worden. Die Schwierigkeiten der sonst gut renommierten Firma werden auf zahlreiche Zusammenbrüche in ihrem Kundenkreise zurückgeführt.

### Der deutsche Außenhandel

Die „Aktivität“ der deutschen Außenhandelsbilanz hat sich im März gegenüber dem Vormonat weiter gesteigert. Der Ausfuhrüberschuß im März beträgt insgesamt 240 Millionen Reichsmark, im reinen Warenverkehr 278 Mill. RM gegen 121 Millionen RM im Februar und 88 Millionen RM im Januar.

Es betrug in 1000 RM. nach Gegenwartswerten die

| | Einfuhr März 1926 | Einfuhr Febr. 1926 | Ausfuhr März 1926 | Ausfuhr Febr. 1926 |
|---|---|---|---|---|
| Reiner Warenverkehr | 645 264 | 661 759 | 923 140 | 782 879 |
| Gold und Silber ¹) | 41 547 | 59 419 | 3 825 | 4 986 |
| Insgesamt | 686 811 | 721 178 | 926 965 | 787 883 |

¹) Nicht bearbeitet, Gold- und Silbermünzen.

Es betrug (in Tausenden und dz) die

| | Einfuhr März 1926 | Einfuhr Febr. 1926 | Ausfuhr März 1926 | Ausfuhr Febr. 1926 |
|---|---|---|---|---|
| Waren aller Art | 28 384 | 30 412 | 38 260 | 36 637 |
| Insgesamt | 28 384 | 30 412 | 38 260 | 36 637 |

Die reine Wareneinfuhr im März zeigt gegenüber dem Vormonat eine weitere Abschwächung um 16 Mill. RM. Die Fertigwareneinfuhr ist um 11 Mill. RM., die Lebensmitteleinfuhr um 7 Mill. RM und die Rohstoffeinfuhr um 1 Mill. RM zurückgegangen. Das sieht gewiß anders aus, als eine Wirtschaftsbelebung, von der es im gesamten deutschen Blätterwald gewaltig rauscht. Die Einschränkung der Rohstoffeinfuhr in einem Lande, das seine Rohstoffe zum weitaus größten Teile vom Auslande beziehen muß, ist das das strikte Gegenteil einer Belebung. Und die Beschränkung der Einfuhr von Lebensmitteln, die Deutschland für zwei Drittel seiner Bevölkerung aus dem Auslande beziehen muß drückt nichts weiter aus als die vollständig zerrüttete Kaufkraft der Arbeiterklasse. Nichts anderes besagt auch die Beschränkung der Fertigwareneinfuhr.

Die Ausfuhr an Fertigwaren weist eine Zunahme um 122,4 Mill. RM auf. Daran sind beteiligt die Textilfertigwaren mit 32,4 Mill. RM (darunter Gewebe aus Wolle mit 5,9 Mill. RM, Gewebe aus Baumwolle mit 11,5 Mill. RM), Walzwerkerzeugnisse und Eisenwaren mit 18,8 Mill. RM., Maschinen mit 12,3 Mill. RM. Ferner zeigen fast alle anderen Positionen Zunahmen, vor allem Farben, elektrotechnische Erzeugnisse, Pelze und Pelzwaren, Papier und Papierwaren, Waren aus Kupfer, Leder, Schuhwerk und Glas und Glaswaren. Ebenfalls gestiegen ist auch die Ausfuhr von Rohstoffen und zwar um 23 Millionen Reichsmark. Es sind dies zum großen Teile Montan- und Textil-Rohstoffe, die in früheren Veröffentlichungen in der Einfuhr genannt wurden.

Die „Aktivität“ der Außenhandelsbilanz ist also erzielt durch weitere Einschränkung der nötigen Einfuhr und nur zum Teil auf eine gesteigerte Fertigwarenausfuhr. Die Ausfuhr wieder ist nur zustande gekommen durch Gewährung hoher Ausfuhrprämien seitens der Kartelle an die Exporteure, durch Aufschlag auf die Inlandspreise und durch Lohndrückung. Das wieder bedeutet Kaufkraftzerstörung am Inlandsmarkt, Konsumrückgang und Produktionseinschränkung. Der Kapitalismus dreht sich im Kreise und zehrt von dem Mark und Bein seiner ergebenen Lohnsklaven.

### Großes Defizit in der Reichshauptkasse.

Das Reichsfinanzministerium veröffentlichte vor einigen Tagen die vorläufige Uebersicht über die Geldbewegung bei der Reichshauptkasse im März 1926. Die Höhe der Einnahmen beträgt 451,5 Millionen Reichsmark, die Ausgaben dagegen 690,3 Millionen RM. Der Zuschuß beträgt also 238,7 Mill. RM.

Mit der Veröffentlichung der Märzziffern ist gleichzeitig auch ein Ueberblick über die Geldbewegung bei der Reichshauptkasse im ganzen Fiskaljahr 1925 möglich. Die Einzahlungen betrugen in dieser Zeit 7178 Millionen, die Auszahlungen 7641 Millionen, so daß sich ein Defizit von rund 463 Millionen ergibt.

Mit den Steuerermäßigungen an das Kapital und der Finanzierung fauler Unternehmen wird es bald sein Ende haben. Dann geht es wieder mit Preiserhöhungen und neuen direkten und indirekten Steuern auf die Taschen der Proletarier los.

## Aus der Bewegung

### KAP.*) und AAUE.

An die Mitglieder der AAUE.!

(Fortsetzung.)

Nicht nur aber vor ihrer Abspaltung und Ausschluß von der KAP. und AAU., sondern auch später waren die „Theoretiker“ der AAUE. trotz ihrer „schönen“ Einheits-Räte-Gedanken für eine zweite Organisation neben der AAU. indem sie die sogenannte Organisation der „Rätekommunisten“ in der AAUE. aufgebaut haben. Einer von den Mitgliedern der RISt. der Organisation der „Rätekommunisten“ erklärte: „Die Genossen, die ihre Vertreter zu obengenannter Sitzung (die Pressevertreter, wo die Gründung der Organisation der Rätekommunisten beschlossen wurde. Bem.), entsandt waren und sind noch heute der Meinung, daß sie für sich das zu schaffen begonnen, was die Gesamtorganisation zu schaffen nicht in der Lage ist . . .“ („Aktion“ Heft 13, 1923.) Nach ihrer Konferenz erklärte die Organisation der Rätekommunisten der AAUE: „. . . die Rätekommunisten haben sich wiederholt auf der 2. Pressedelegiertenkonferenz mit der organisatorischen Lage in der AAUE. beschäftigt. Einstimmig kam man zu der Auffassung, eine Spaltung unter allen Umständen zu vermeiden. Andernfalls sah man jedoch ein, daß ein engerer Zusammenschluß der Rätekommunisten ein Gebot der Stunde sei. Eine Plattform für diesen Zusammenschluß bot der Vorschlag des Unterbezirks Zwickau unter Zugrundelegung der Frankfurter Vorschläge . . . somit wurde die Gruppe der Rätekommunisten in der AAUE. begründet . . . in Erkenntnis der wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeiten haben sich damit die Rätekommunisten die Organisationsform gegeben, die allein eine Gewähr dafür gibt, daß die AAUE. ihren historischen Aufgaben gerecht werden kann.“ („Aktion“ Heft 15 1923.)

Damit haben die „Theoretiker“ der AAUE. faktisch die Notwendigkeit einer Sonderorganisation (ob sie sich Partei rantie dafür, „daß die AAUE. ihren historischen Aufgaben gerecht werden kann“ zugegeben.

Klassengenossen! Die Partei, die KAP., ist nicht neben der Union notwendig, nur in dem Falle, wenn die BO. nicht das Sammelbecken aller revolutionären Arbeiter im Betriebe, die den Kampf um die proletarische Diktatur wollen, werden soll. Die KAP. neben der Union ist nicht notwendig, wenn die BO. nur die Arbeiter umfassen soll, die eine klare „Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung“ haben, und die „stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten“ können. In dem letzten Falle hört aber die Union auf das zu sein, was sie sein soll, d. h. breite Klassenorganisation der revolutionären Arbeiter im Betriebe; sie verwandelt sich in eine enge politische Organisation ohne den Namen Partei wie die KPD. auf Betriebszellen aufgebaut ist (dabei in einer politischen Organisation, die sich nicht mit Politik beschäftigen will, wie wir sehen werden). So steht die AAUE. vor der Alternative: Entweder ist sie dafür, daß BO. Massenorganisation revolutionärer Arbeiter, die um die proletarische Diktatur kämpfen wollen, werden soll, und dann muß sie die Notwendigkeit der Partei, der KAP., anerkennen — dann aber hört sie auf Einheitsorganisation zu sein oder sie ist dagegen, daß die BO. ein Sammelbecken der revolutionären Arbeiter im Betrieb werden soll — dann bleibt sie Einheitsorganisation, sie ist aber keine Union mehr!

Man hört auch zu oft die Verneinung der Partei mit der Begründung, daß es überflüssig ist ein und dieselben Leute einmal als Union und andermal als Partei zu bezeichnen und aufzutreten. Es ist eine Tatsache, daß noch in vielen Orten im Reich die AAU. nur die Mitglieder der KAP. umfaßt, da dort die BO. eher eine Losung als eine Wirklichkeit ist. Daraus aber den Schluß gegen die Existenzberechtigung der KAP. zu ziehen, würde bedeuten, daß z. B. aus der Tatsache, … die AAUE. in der Mehrzahl nicht auf BO. aufgebaut ist, ein Argument gegen die AAUE. selbst — machen. Und die Einheitsfront (Nr. 52 1925) wendet sich mit Recht gegen eine solche „Logik“, wenn sie schreibt, daß die AAUE. infolge bisherigen Rückganges der revolutionären Welle nicht einmal ihre ureigene Organisationsform, die BO., rein aufrechterhalten konnte. Wer will ihr daraus einen Vorwurf machen? Es handelt sich um eine — hoffentlich schnell — vorübergehende Zeiterscheinung, die aber an den Bestrebungen der Organisation nichts geändert hat“. Ist es aber nicht unsinnig, aus der jetzigen vorübergehenden Lage der AAU. und KAP. ein Argument überhaupt gegen die Existenzberechtigung der Partei zu machen?

Die Notwendigkeit der Partei ergibt sich nicht aus der momentanen Lage der Union, sondern aus der Notwendigkeit, daß sie eine Massenorganisation des revolutionären Proletariats werden muß. Ist die Zertrümmerung der Gewerkschaften und die Entwicklung der Union zur Massenorganisation der um die Diktatur des Proletariats kämpfenden Arbeiter, so ist die Partei Notwendigkeit und wenn sie nicht existierte, müßte sie geschaffen werden. Die Verneinung der KAP. aus der momentanen Lage ist also eine Konjunktur-Theorie, die nichts gemein hat mit den Perspektiven der Entwicklung.

(Schluß folgt.)

*) Siehe auch Nr. 30, wo die Ueberschrift irrtümlich hieß: AAU. und AAUE.

### Der Mann mit dem Brett vor dem Kopf

Die Kunst, sich dumm zu stellen.

Die AAU.-E. kuhhandelt nun schon wochenlang mit allen möglichen Sozialdemokraten, Gewerkschaftlern usw. Der Erfolg ist, daß die „Einheitsfront“ schon genau dieselben Wochen lang gefüllt ist, lediglich mit den Publikationen der linken Fraktion der KPD. Dagegen wäre an sich gewiß nichts einzuwenden. Wir wollen heute nur darauf hinweisen, daß jedes Wort der Kritik ängstlich vermieden wird. Die Prinzipienfesten haben sich verpflichtet, jede Kritik gegen den „Industrieverband“ und die linke Fraktion der KPD. einzustellen. Wir hätten dagegen gewiß ebenfalls nichts einzuwenden, denn die Kritik der „Einheitsfront“ wäre ja doch nicht identisch mit der unsrigen. Uns wird dadurch, daß sich die AAU.-E. gerade in der Zeit, wo es in den von ihr so verhaßten Parteien kriselt, selbst kastriert, eine Arbeit abgenommen. Wir weisen aus dem Grunde darauf hin, weil irgend ein August glaubt, mit einem faulen Witz: „Der Ekkibrief der KAP.“ diese offenkundigen Tatsachen, diesen offenkundigen Bankrott vertuschen zu können. Er mimt den Mann mit dem Brett vor dem Kopf, und übt sich darin, sich dumm zu stellen, gegenüber den in diesem „Ekkibrief“ enthaltenen Tatsachen. Wir nehmen auch das gern mit in den Kauf. Wir konstatieren nur: Die KAPD. und AAU. haben in ihrer Presse und wo sie sonst Gelegenheit hatten, ihre Pflicht getan gegenüber der Krise in der Arbeiterbewegung. Es liegt in der Ideologie und Theorie der Einheitsorganisation begründet, daß sie gerade dann versagen muß, wenn es gilt, einzugreifen. Die Proletarier, die noch in der AAU.-E. sind, und das noch nicht begriffen haben, können ja über die prinzipienfeste Haltung ihrer Presse einmal ein klein wenig nachdenken. Wir müssen also uns schon damit abfinden, daß die „Einheitsfront“ weiter so geistreich bleiben und sachlichen Argumenten mit …len Kalauern zu begegnen sucht. Dies deshalb, weil eben die Revolution nicht nur ihren ernst zu nehmenden Gegner, sondern eben auch — ihren Hanswurst hat.

## Mitteilungen

### Der Bonzenspiegel

Splitter und Späne.

Aus dem Klassenkampf, für den Klassenkampf!

Eine Sammlung von Aussprüchen führender „Autoritäten“ in Staat, Partei und Gewerkschaft und von Dokumenten aus der sozialistischen und revolutionären Arbeiterbewegung, die in der Propaganda jedem Agitator gute Dienste leisten können.

80 Seiten stark, Preis 80 Pfennig.

Zu beziehen durch die Buchhandlungen oder direkt durch den Verlag

„Der Syndikalist“, Berlin O 34

Warschauer Straße 62

•

Das Buch ist auch zu beziehen durch die Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Warschauer Straße 49, sowie durch die Zeitungsobleute der „KAZ.“

**Achtung! Arbeitsnachweis Gormannstraße.**

Dienstag, den 4. Mai, mittags 12 Uhr, Fraktionssitzung im Lokal Linienstraße 52. — Referat: **Wohin steuert die KPD.?** — Sympathisierende sind willkommen.

14. U.-Bezirk (Neukölln), Freitag, 7. Mai, abends 7½ Uhr, im Lokal Schwarzkopf, Neukölln, Fontanestraße 26. Referat: „Psychoanalyse und Marxismus“. Sympathisierende sind eingeladen.

17. Unterbezirk. Freitag, den 7. Mai 1926, pünktlich 8 Uhr, öffentlicher Diskussionsabend bei Bartsch, Neue Bahnhofstraße 20. Vortrag: **Gestatten die Naturgesetze den Kommunismus?** Sympathisierende willkommen.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sula, Neukölln. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Iszdonat, Berlin O. 17, Langestraße 79.

Mai-Nummer

7. Jahrg. Nr. 34 — Preis 15 Pf.

# Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Mai 1926

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

## Die Volksentscheid-Komödie

### Staatsstreiche der Monarchisten?

„Ernsthafte Politik kann man wirklich nicht mit den ständigen Aufrufen und den 100 Ausrufungszeichen machen, die den Hauptinhalt der „Roten Fahne“ zu bilden pflegen. Ernsthafte Politik fordert in erster Linie Abwägung der Machtverhältnisse und Erwägung der Möglichkeiten.

Was ist das Hauptziel?

Daß die Fürsten so wenig wie möglich bekommen.“

(H. v. Gerlach in der „Welt am Montag“ vom 26. 4. 1926.)

Der Oberstratege des deutschen Spießertums begründet damit wieder in der Fürstenenteignung die sozialreformistische Politik des „kleineren Uebels“. Er zeigt den KPD.-Strategen das verderbliche ihrer „Desperadopolitik“: „Alles oder nichts!“ In der Tat zeigt sich mit jedem Tage deutlicher, daß der ganze Fürstenenteignungsrummel ein einziges Komödienspiel mit verteilten Rollen ist. Dieses Komödienspiel der parlamentarischen Parteien kommt immer mehr ans Tageslicht. Und doch befinden sich die großen Massen des Proletariats mit dem Kleinbürgertum noch im Banne des demokratischen Gauklerspiels.

Wirklich hat die SPD. sich nichts vergeben, als sie dem „Massendruck nachgeben mußte“, und zusammen mit der KPD. für restlose Enteignung der Fürsten eintrat. Denn hierbei kann die SPD. garnicht in den Geruch kommen, revolutionäre proletarische Klassenpolitik zu betreiben, weil sie in die Auseinandersetzung der bürgerlichen Republik mit Ueberresten des Feudalismus eingreift. Daraus ergibt sich für die KPD. die für eine „revolutionäre Arbeiterpartei“ höchst unvereinbare Lage, eine kleinbürgerliche Bewegung zu führen. Die restlose Fürstenenteignung zu Gunsten des (bürgerlich-kapitalistischen) Staates ist also schon an sich keine revolutionäre Tat im Sinne der Vergesellschaftlichung. Das wird noch deutlicher dadurch dokumentiert, daß das Mittel zu ihrer Durchsetzung der Volksentscheid mit dem Stimmzettel, die „direkte Gesetzgebung durch das Volk“ (wie der „Vorwärts“ diesen vollendeten demokratischen Volksbetrug nennt), sein soll.

Trotzdem bezichtigt Herr v. Gerlach die KPD. der „bewußten Desperadopolitik“. Er nimmt die Sozialdemokratie dagegen in Schutz, daß sie in „unglaublichen Ausdrücken“ als „Verräter, als Freunde der Monarchisten usw.“ beschimpft werden, „nur weil sie sich bemühen, schlechte Bestimmungen in bessere umzuwandeln.“ Die Taktik der Sozialdemokraten beim Kuhhandel schildert er dann folgendermaßen: „Selbstverständlich halten sie in erster Linie an dem von ihnen selbst beantragten Volksentscheid fest. Aber da sie keine Ludendorffs sind, suchen sie dem Volk noch eine zweite Position zu sichern: nicht so günstig wie die entschädigungslose Enteignung, aber weit günstiger als der heutige Zustand, der wieder wirksam wird, wenn weder Volksentscheid noch Kompromiß zustande kommen.“ Herr Gerlach hat Recht: wenn man schon seine Aufgabe darin sieht, „ernsthafte Politik“ der bürgerlichen Reformpolitik zu machen, dann muß man sich, wie die SPD., auf die „Abwägung der Machtverhältnisse und Erwägung der Möglichkeiten“ legen.

Wie steht es nun mit dem „Volksentscheid“? Die Aussichten für den Sieg des Volksentscheids sind sehr gering geworden. Die Regierung hat ihren Kompromiß-Entwurf, der teilweise Enteignung vorsieht, als verfassungsändernd erklärt. Damit wäre also der Volksentscheid verfassungsändernd. Folglich müßten 20 Millionen Stimmen (die Hälfte der Stimmberechtigten) sich nicht nur am Volksentscheid beteiligen, sondern für den „begehrten“ Gesetzentwurf der entschädigungslosen Enteignung stimmeen. Also wenn die Regierung als Instrument des Schwer- und Agrarkapitals es somit verhindert, kann der „Volkswille“ auf demokratischem Wege nicht siegen und die Machtverhältnisse ändern. Letzten Endes bleibt doch nichts übrig, als daß die „große Volksbewegung“ durch ein Kompromiß beschwichtigt wird, da die Massen für die Politik des kleineren Uebels immer noch sehr empfänglich sind.

Was ist dann das Resultat des Komödienspiels der SPD. und KPD.? Die KPD.-Führung wußte von vornherein, daß diese Enteignung der Fürstenvermögen durchaus kein Präzedenzfall ist, und daß damit absolut kein Anfang zur allgemeinen Kapitalsenteignung gemacht ist. Sie griff aber diese passende Gelegenheit auf, um ihre Einheitsfronttaktik mit den Sozialdemokraten und der „gesamten werktätigen Bevölkerung“ anzuwenden und Vertrauen bei den Massen zu gewinnen. Die SPD. wollte von Anfang an die Sache durch parlamentarischen Kuhhandel erledigen. Doch die Massen verstanden das nicht. Sie wollten selbst durch ihr Eingreifen den „Fürstenraub“ verhindern, um damit die Not der riesigen Reservearmee, der Kriegs- und Arbeitsinvaliden zu lindern. So wurde die SPD. gezwungen, mitzumachen, und so wurde es ihr möglich, durch den Volksentscheid-Rummel gemeinsam mit der KPD. die Radikalisierung der Arbeiter durch die Auswirkungen der schweren Wirtschaftskrise zu verhindern. So konnte die SPD. die Beteiligung von 12½ Millionen am Volksbegehren als „Sieg des demokratischen Gedankens“ bezeichnen. Tatsächlich sind die demokratischen Illusionen damit gestärkt worden. Sowohl für SPD. und KPD., als auch für das deutsche

## Die Maimusikanten 1926

Sie stellen sich alle wieder mit großen Bücklingen vor: Die Noske, die Thälmann, die Stampfer. Sie spielen alle glänzend ihre Rattenfängerweisen von Einheitsfront, von Achtstundentag, vom schöneren, besseren Arbeiterleben. Gemeinsam blasen sie in den großen Dudelsack „Volksentscheid“, und gemeinsam wissen sie: es ist Schwindel.

Und wenn der große Tag vorbei, dann schlafen sie sich behaglich aus.

Die Arbeit ist nicht leicht. Dem dummen Arbeiter konnte man in früheren Jahren leichter einreden, daß die „Wiedergeburt in der Natur“ zu neuen Hoffnungen berechtigt. O wie war das schön, dieses Erzählen von dem unaufhaltsamen Beginnen sprießender Knospen, blühender Blümelein, grünender Wiesen und singender Vögelein. Das war so billig und so leicht, den Arbeitern so zwischen Kuchen und Schnapps zu suggerieren, daß die Natur schon auch einmal den Sozialismus bringen, er den Arbeitern einmal als reife Frucht seiner „bewährten Führer“ in den hoffenden Schoß fallen würde. Bis der „Sozialismus“ kam. „Sozialismus, wohin wir blicken“, brüllte eine reklamierte, bezahlte, bestochene Bürokratie, als die Pyramiden von Totenschädeln im Mai 1915 schon zu riesigen Dimensionen angewachsen waren. Man konnte also auf den Mai sehr gut verzichten. Und die Natur, sie verjüngte sich immer wieder unaufhaltsam, während sich die Arbeiter von den Profitgesetzen der kapitalistischen „Ordnung“ belehren lassen mußten, daß das Proletariat mit dem Spatzenverstand seiner Musikanten nichts anfangen, daß die raue Wirklichkeit der kapitalistischen Akkumulationsbedingungen ein anderes Feld ist, ein anderes Milieu umgibt, als die Nebelkrähen in Gottes freier Natur. Es fiel ein Reif in der Frühlingsnacht und zerstörte manches Reis reformistischer Illusionen. Der Klassenkampf des Proletariats, herausgewachsen aus dem ehernen Muß seiner wahrhaft verzweifelten Lage gegen den imperialistischen Hexensabat wurde wieder die natürliche Waffe im Kampfe um proletarische Zukunft. Karl Liebknecht und die Seinen die Verkünder proletarischen Klassenerwachens gegen die reformistischen Blütenträume und seine verderbenbringenden Folgen. Verkünder der proletarischen Revolution!

Lang, lang ist's her! Trotz der unerhörtesten Leiden der arbeitenden Massen als die Folgen der Krisenwellen des kapitalistischen Systems; trotz des systematischen Ausrottungsfeldzuges durch die demokratische Geldsackrepublik; trotz der barbarischen Geißel der Klassenjustiz, ihrer Inquisitionsfoltern und ihrer provozierenden „Gerechtigkeit“; trotz des Massenmordens an der proletarischen Jugend durch den Hunger; — das Proletariat wartete geduldig auf die Wiederkehr der Zustände längst vergangener Tage, geduldig wie ein Lamm. Es vergaß das wahre Gesicht der schmalzigen Maipropheten im Kriege. Es hofft auf den Maientag der Vorkriegszeit, und erbaut sich an den alten Weisen der alten Musikanten in der alten aufgeflackierten Maske. Es wartet bis heute — **und wartet vergebens!**

1926 „grünt“ wieder die Natur. Aber die kapitalistische Produktionsmaschinerie ist rettungslos festgefahren und trotzt der gerissensten Mechaniker. Millionenweise stellen die Arbeiter vor den modernsten Industrieanlagen, und während die Spatzen übermütig die Pferdeäpfel zerstöbern, während die Schwalben auf den Drähten sich sonnen und sich der Natur freuen, geht eben diese „Natur“ an dem Elend des Proletariats schweigend vorüber, und demonstriert ihm: **Ja Bauer, das ist etwas ganz, ganz anderes!**

Die kapitalistische Wirtschaft ist an ihre eigenen Schranken gestoßen. Der Kapitalismus kann keine neuen Absatzmärkte schaffen. Ein wütender Konkurrenzkampf hat begonnen. Dieser Widerspruch zwingt das Kapital zu immer schärferer Konkurrenz untereinander durch Preisunterbietung. Die Revolution in der Produktion schreitet fort. Die Maschine ersetzt immer mehr den Arbeiter. Alle Energien werden eingesetzt zur Verbesserung und Vervollkommnung des Produktionsapparates, zur Verbilligung der Produktion und zur Steigerung der Ausbeutung der Arbeitenden. Steigende Massenarbeitslosigkeit ist die Folge, der innere Markt wird ertötet. Und über die Grenzen hinweg vereinigen die Truste, die Industriekapitäne sich, um durch Preisdiktatur ihren Profit zu sichern. Auf immer höherer Stufenleiter treten so die imperialistischen Gegensätze in Erscheinung, während der Klassengegensatz in der Gesellschaft immer tiefer aufgerissen wird. Der Mittelstand verschwindet und wird in das Proletariat hinabstoßen. Die Produktion selbst wird dem „Bedarf“ angepaßt, und „Bedarf“, das sind die zahlungsfähigen Käufer. Die aus dem Produktionsprozeß hinausrationalisierten Massen der Arbeiter stellen keine Kaufkraft dar, sondern erscheinen im Kapitalismus als überflüssige Fresser. Nur das Messer der proletarischen Revolution kann den Strick zerschneiden, mit dem das Kapital immer größere Massen der Proletarier langsam und sicher erdrosselt.

Zu allem Elend, zu dem Modergeruch der kapitalistischen Ordnung, zu der Mordarbeit der kapitalistischen Rationalisierung singen die Flickschuster der reformistischen Einheitsfront ihr widerlich Lied von lächerlichen „Forderungen“, grad wie dem Proletariat zum Spott. **In Hannover marschieren Thälmann und Noske** in demselben Zuge, und demonstrieren dem Proletariat, wie aufrichtig Moskau die Revolution haßt. Das russische Kapital schließt mit dem deutschen Kapital Frieden, und bezahlt seine Mannen dafür, die deutschen Arbeiter zu verdummen, um sie von neuem unter die Fuchtel der „Völkerbefreienden“ zu bringen.

Sie geben wor, die böse Welt verbessern zu wollen, und wollen doch nur in den Arbeitern die Vorstellung wecken, daß die Verbesserung möglich wäre, ohne die Revolution. Die Bedienten des Kapitals, die Ministerlinge der Vergangenheit und Zukunft, die mit den Leiden des Proletariats nichts gemein haben, die von den Tischen der kapitalististischen Futterkrippe ihre schönen Gehälter beziehen, sie wollen die Arbeiter mit ihren Maigesängen vorbereiten, für die Schlachtbank des Kapitalismus, für ein neues 1914. Für eine gesunde Grundlage und eine sichere Basis ihrer gewerkschaftlichen parlamentarischen, reformistischen, arbeiterfeindlichen und arbeitermordenden Politik. Das ist die wahre Absicht der Einheitsfront-Maimusikanten auch 1926.

Doch mag auch der Golgataweg des Proletariats noch lang, der Kampf gegen den Reformismus scheinbar aussichtslos sein: die kapitalistische Krise ohne Ende wird nicht aufhören, der proletarischen Revolution neue Energien zu erzeugen. Die kapitalistische Krise schafft unaufhörlich den Brandherd der proletarischen Revolution und das revolutionäre Proletariat wird den glimmenden Funken immer von neuem anfachen. Schon knistert es in den Reihen der reformistischen Parteien, schon zerteilt die Krise des Kapitals die Truppen der kapitalistischen Einheiten: die proletarische Revolution, sie lebt, sie reckt sich bereits wieder, und der Mai 1926 steht im Zeichen des erwachenden revolutionären Gedankens: die proletarische Revolution wird trotzdem den Maimusikanten bald wieder zum Tanze aufspielen, ihr Lied anstimmen:

„Ein Lied, daß ihr entsetzt von euren Sesseln euch erhebt;
Daß euch das Herz — das feige Herz,
Das falsche Herz! — im Leibe bebt!“

Kapital war der Volksbegehren-Rummel eine willkommene Atempause.

Inzwischen zeigt das Aufliegen des Kompromiß-Entwurfes der Regierung, daß die Frage der Fürstenentschädigung, trotzdem sie weder für die „republikanische" noch für „monarchistische" Bourgeoisie eine grundsätzliche, sondern eine Zweckmäßigkeitsfrage ist, ziemlich verworren und kompliziert für den bürgerlichen „Rechtsstaat" ist. Obwohl es Unsinn ist, daß die „Monarchisten wegen der Fürstenfrage einen „Staatsstreich" planen, so zeigt doch die Stellung des Zentrums, der Volkspartei und der Deutschnationalen, daß das dahinter stehende Schwer- und Agrarkapital gewillt ist, die reaktionäre Innenpolitik zu verschärfen. Wenn die „Rote Fahne" mit ihren Meldungen über Staatsstreichrüstungen dem Proletariat die monarchistische Gefahr an die Wand malt, so ist das Ablenkung vom wirklichen Sinn des neuen Kurses des deutschen Kapitals.

Die Bourgeoisie würde gern die Massen mit der Enteignungsfrage beschäftigen und um die demokratischen Illusionen zu stärken. Der Volksbegehr-Rummel hat sie über den Winter geholfen. Aber sie kann sich diesen Luxus nicht länger leisten. Denn sie hat nicht umsonst ihr Wirtschaftsprogramm aufgestellt. Die Schwierigkeiten mehren sich. Die wesentlich höheren Reparationsverpflichtungen des 2. Jahres drücken. Statt des Zuckerbrotes muß jetzt die Peitsche stärker angewandt werden, damit die Voraussetzungen für den Abbau der Soziallasten vorhanden sind. Dazu kommt, daß die Schwerindustrie gegen die Rebellion des Kleinbürgertums gegen ihre Enteignung durch dieselbe mittelst der Inflation vorgehen muß. So ergibt sich aus den Notwendigkeiten der kapitalistischen Wirtschaft, daß das Großkapital heute offen gegen die demokratischen Scheinrechte zu Felde ziehen muß, um sie im gegebenen Augenblick wieder geschickt für sich auszunützen.

Doch langsam beginnt es auch in der KPD. zu dämmern. Die linken KPD.-Arbeiter erkennen mit der Zeit, daß die Taktik der KPD. nicht die demokratischen Illusionen zerstört, sondern die Arbeiter in der bürgerlichen Verblödung bestärkt. Die Korsch-Gruppe verlangt, daß die Machtfrage gestellt wird. Die Katz-Gruppe geht darüber hinaus und verwirft mit uns überhaupt dieses Komödienspiel, da, gleich wie der Volksentscheid ausläuft, sein Resultat in jedem Falle den Glauben des Proletariats an die bürgerliche Demokkratie stärkt und nicht revolutionierend wirkt. Durch die wachsende Opposition sieht die KPD. sich veranlaßt, radikalere Töne anzuschlagen.

So schreibt jetzt die „Rote Fahne" vom 27. 4. 1926:

„So lange diese Regierung besteht, wird die entschädigungslose Enteignung der Fürsten durch frechste Sabotage des Volksentscheids und durch verfassungswidrige Nichtdurchführung der Fürstenenteignung verhindert werden. Die Luther-Regierung gibt sich nicht einmal mehr die Mühe, ihre diesbezügliche Pläne geheim zu halten. In öffentlichen Konferenzen haben neuerdings Reichsminister erklärt, daß auch 20 Millionen Stimmen beim Volksentscheid nichts an der Tatsache ändern könnten, daß das vom Volk begehrte und beschlossene Enteignungsgesetz auf keinen Fall durchgeführt werde. Der Sturz der Luther-Regierung, die Eröffnung des außerparlamentarischen Kampfes sind darum die umumgänglichen Voraussetzungen zur Verhinderung des Fürstenraubes. Da die Luther-Regierung das nächstliegende Hindernis bildet, müssen auch SPD. und ADGB. mithelfen, den Sturz Luthers herbeizuführen, wenn sie in Erfüllung ihrer eingegangenen Verpflichtungen den Sieg des arbeitenden Volkes gegen die fürstlichen Räuber und ihre Helfershelfer ernstlich wollen."

Allerdings schweigt sich die „Rote Fahne" darüber aus, worin der außerparlamentarische Kampf bestehen soll. Aber weiter heißt es, daß der Sturz der Luther-Regierung nicht genügt, sondern die Reichstagsauflösung notwendig ist. Also wird die Machtfrage damit selbstverständlich nicht aufgerollt. Die Auflösung dieses Reichstags wird darum gefordert, „damit nicht die Monarchisten eine von diesem Reichstag gestützte und parlamentarisch verhüllte monarchistische Diktatur aufrichten können. Hieraus ergeben sich ungeahnte Aussichten. Die KPD. schwingt sich zum Retter der Demokratie auf. Sie weiß dem Proletariat nichts anderes zu sagen als Luther-Sturz und Reichstagsauflösung, damit das noch größere Uebel, eine verschlechterte Luther-Regierung verhütet wird. Vielleicht kann doch wohl, wie anno 1923 in Sachsen, eine parlamentarische Arbeiter- und Bauernregierung zustandekommen?

In Wirklichkeit beweist diese Haltung der KPD., wie sehr sie trotz ihres „Indianergeschreies" von der SPD. in die Defensive gedrängt wurde. Augenscheinlich will man damit der Argumentation der SPD. begegnen, die Gerlach so formuliert: „Selbst wenn die Linke die Macht hätte, Luther zu stürzen, was dann? Vielleicht Wiederkehr der Rechtskoalition, damit zur schlechten Innenpolitik auch noch eine grundsätzlich schlechte Außenpolitik käme! Wären damit wirklich die Arbeiterinteressen gefördert?"

Doch auf längere Zeit wird die KPD. sich nicht behaupten können. Die SPD.-Leute haben ganz Recht, wenn sie sagen, daß zwei reformistische „Arbeiterparteien" vielleicht noch auf kurze Zeit das Komödienspiel der feindlichen Brüder dem Proletariat vorführen kann, aber länger ist dieser Zustand nicht haltbar. Gerade das Beispiel der Fürstenenteignung zeigt dies am deutlichsten. Die Genossen der KPD. und Proletarier, die die Auslassungen eines Gelegenheitspazifisten nicht als der Weisheit letzten Schluß ansehen wollen, werden sich bald überlegen müssen, ob der Weg der KAPD. nicht doch der richtige ist, ob die Aufgabe des Proletariats nicht doch trotz allem darin besteht, die Parlamentsschwätzer unter sich zu lassen und selbst sich zur Enteignung der Enteigner durch die proletarische Revolution in den Betrieben, Stempelmärkten zusammenzuschließen.

## Der neueste Verrat Moskaus

Das angeblich immer noch revolutionäre Moskau hat dieser Tage ein Bündnis mit dem kapitalistischen Deutschland geschlossen, das durch einen Besuch Radeks kurz nach der Wahl Hindenburgs eingeleitet wurde. Vorher hatte schon der aus dem Weltkriege und dem Kapp-Putsch berüchtigte deutsche Generalstäbler Oberst Bauer eine angebliche Studienreise nach dem revolutionären Rußland unternommen, während der Locarnokonferenz besuchte Tschitscherin Herrn Seeckt in Berlin, kurz darauf reiste der Zivildiensangestellte der Reichswehr Oberst Nicolai nach Rußland. Diese Tatsache allein würde genügen, um den Charakter eines Militärbündnisses zu vermuten, daß dem so ist, hat Herr Tschitscherin mit seinem Trinkspruch bei Seeckt „auf das, von dem er hoffte, daß es nicht kommen möge" — vor aller Welt kundgetan. Theoretisch ist das deutsche Proletariat auf diesen vom revolutionären Standpunkt ganz undiskutablen Verrat von Bucharin auf dem 4. Weltkongreß vorbereitet worden. Dort sagte Bucharin:

„Ich bekräftige, daß wir bereits groß genug sind, um ein Militärbündnis mit dieser oder jener Bourgeoisregierung schließen zu können, zu dem Zweck, um mit Hilfe von Bourgeoisstaaten eine andere Bourgeoisie über den Haufen zu werfen. Angenommen, ein Militärbündnis wäre von der Sowjetrepublik mit einem Bourgeois-Staat geschlossen, so würde es Pflicht der Genossen eines jeden Landes sein, zum Siege des Blocks der beiden Verbündeten beizutragen."

Das wurde gesagt zu Beginn des berüchtigten Ruhrkampfes im Januar 1923, kurz vor dem Leipziger Parteitag der KPD., der unter dem Schutze eines Reichswehrbataillons tagte. Dort setzte Radek in der Linie der Bucharinschen These die Schlageterpolitik der KPD. ganz im Sinne der verbündeten russischen und deutschen Regierungen und nicht zuletzt im Sinne des Herrn Seeckt durch, der später in einer blankistischen Abweichung von der Tscheka auf den Kiker genommen wurde. Die Tatsache, daß durch diese Politik das deutsche Proletariat in die fürchterliche Oktoberniederlage getrieben wurde, steht heute außer allem Zweifel. Obwohl in dem großen Maistreik 1923 die KPD. auf Radeks Weisung den kämpfenden Arbeitern den Dolch in den Rücken stieß, setzten die schwersten Verfolgungen der kommunistischen Arbeiter ein, als sie wiederum auf Weisung Moskaus auch nur die utopische Forderung auf Bildung einer „Arbeiter- und Bauernregierung" erhoben. Es nützte dem deutschen Proletariat garnichts, daß Radek in der „Roten Fahne" drohte, die Zusammenhänge zwischen Dynamitattentaten und Cunoregierung aufzudecken, denn es waren nicht nur Schlageters, sondern auch „kommunistischen" Betriebsräte, die auf Weisung ihrer unter Radeks Einfluß stehenden Instanzen nationalen Ruhrkrieg dieser Art machen mußten. Das deutsche Proletariat hat eine nicht wegzuwischende Erfahrung hinter sich, was es heißt, „zum Siege der beiden Verbündeten beitragen".

Trotz der Oktoberniederlage, trotz aller Erfahrungen wagen es die Platzhalter und Geschäftsführer der russischen Bourgeoisie heute wieder, das deutsche Proletariat im Interesse des rusischen Wiederaufbaus in die Wagschale für ein Bündnis mit der deutschen Kapitalistenklasse zu werfen. Wie die deutsche Bourgeoisie, die selbstverständlich nicht so hirnverbrannt ist, mit einem etwa noch revolutionären Rußland ein Militärbündnis einzugehen, dieses Bündnis mit Rußland auffaßt, zeigte ein Referat des konservativen deutschen Ostpolitikers Professor Hoetzsch. Dieser Herr sprach kurz vor der Unterzeichnung des Vertrages in Fankfurt a. O., für die Reichszentrale für Heimatdienst, der offiziellen Propagandaorganisation der deutschen Regierung, über das „heutige Rußland". Mit beißendem Hohn versicherte Herr Hötzsch der anwesenden Bourgeoisie, daß kein Mensch bei einem Besuch in Rußland auf den Gedanken kommen könnte, in Rußland existiere Kommunismus. Als guter Rußlandkenner, der im bolschewistischen Rußland eben so gern gesehen ist, wie ehedem im zaristischen, zeigte dieser Arbeiterfeind auf, daß die russischen Bauern nicht die geringste Sympathie für kommunistische Experimente zeigen, daß sie den freien Handel durchgesetzt haben, daß die russische Staatsindustrie nicht im entferntesten den Bedürfnissen der Bauern nachkomme und außerdem teurer verkaufe als dieselben Produkte auf dem Weltmarkt zu haben seien. Rußland müsse sich daher immer mehr den Bedingungen des kapitalistischen Weltmarktes unterordnen. Von Jahr zu Jahr immer mehr setzten sich die Gesetze der Wirtschaft (der kapitalistischen, meint Herr Hötzsch natürlich) durch. Seiner Ueberzeugung nach glauben die Nepleute selbst nicht mehr an die Revolution. Humorvoll bemerkte Herr Hötzsch, daß die deutschen Kommunisten Scholem und Ruth Fischer wegen ihres ultralinken Radikalismus in Moskau gewaltsam festgehalten werden, bis sie zu „ordentlichen" und gemäßigten Bolschewisten geworden seien. Daß Rußland heute ein realer Machtfaktor als Staat sei, beruhe nicht auf der Herrschaft der Bolschewiki, sondern auf der Tatsache, daß 2 Millionen ehemaliger zaristischer Beamter und Offiziere unter günstigeren Existenzbedingungen als die Arbeiter am „Wiederaufbau ihres Vaterlandes" mitarbeiten. Offiziere und Soldaten sprechen bereits nicht mehr von der „Roten", sondern von der „Russischen Armee". Deswegen könne man getrost ein Bündnis mit Rußland schließen. Herr Hötzsch schloß: Es ist im Sinne Bismarcks, der freilich kommunistischen Agitatoren in Deutschland schärfer auf die Finger geklopft haben würde, daß Deutschland mit dem heutigen Rußland, **das ja vorläufig leider noch nicht wieder unser Nachbar ist**, ein Bündnis schließt." Damit sprach also Herr Hötzsch ganz offen aus, daß es sich für ihn als Propagandisten der Reichsregierung für Ostorientierung um ein Bündnis gegen Polen handelt. Herr Hötzsch ist auf dem Holzwege, wenn er glaubt, Polenfeindschaft sei der Inhalt der heutigen russ. Politik. Die Gefahr, die dieses Bündnis und darüber hinaus die Bildung eines russisch-deutsch-französischen Blocks gegen England für das europäische Proletariat mit sich bringt, ist die Wiederholung des 4. August 1914. In diesem Zusammenhange ist heute schon die russische Armee die große Reserve der kontinentalen Konterrevolution. Das deutsche Proletariat muß aus den Erfahrungen des 4. August 1914 und des Ruhrkampfes von 1923 lernen, daß die Unterstützung der russischen Bündnispolitik durch die KPD. ein Verbrechen am Proletariat ist, und daß nur die Losung „Umwandlung jeden imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg ohne Rücksicht auf Sieg oder Niederlage des „eigenen Landes" die internationale Losung des Proletariats sein kann."

## Die Lebenshaltung der amerikanischen Arbeiter

I.

„Amerikanischer Arbeiter" ist ein ebenso weiter Begriff, wie „europäischer Arbeiter". Sowohl in den Vereinigten Staaten wie in Europa sind die Lebens- und Lohnstandards zahlreich und mannigfach. Der Arbeiter in der Stadt hat einen anderen Lebensstandard wie der Arbeiter auf dem Lande. Der gelernte Arbeiter wird höher bezahlt als der ungelernte. In den Vereinigten Staaten ist das Lohnniveau im Süden und Südwesten (dem Baumwollbezirk) niedriger als im unmittelbar nördlich anschließenden, an die großen Binnenseen angrenzenden Industriegebiete. Im Westen sind die Löhne höher als im Süden und Osten. Diese Verschiedenheiten machen es schwierig ein konkretes Bild vom Lebensniveau der amerikanischen Arbeiter zu geben. Und doch läßt sich in großen Zügen an Hand statistischen Materials eine Uebersicht geben vom Leben des Arbeiters in Amerika.

Bei der letzten Volkszählung 1920 gab es etwa 41,6 Millionen Personen im Alter von zehn Jahren und darüber, die dem Erwerb in irgend einer Form nachgingen. In dieser Ziffer sind 33 Millionen Männer und 8,5 Frauen enthalten. Sie umfaßt alle Personen, die in einer Beschäftigung stehen, die Lohn, Gehalt oder Profit einträgt. Frauen, die Hausarbeit ohne Entlohnung verrichten, sind nicht einbegriffen. Die im Erwerbsleben stehenden Personen werden durch die Zählung in den Vereinigten Staaten in neun Gruppen geteilt. In der ersten Gruppe, Land- und Forstwirtschaft, waren 1920 insgesamt 10,9 Millionen Personen beschäftigt. Die Mineralgewinnung beschäftigt genau eine Million Menschen. In der Manufaktur- und Fabrikindustrie waren 12,8 Millionen tätig, im Transportwesen 3 Millionen. Die verbleibenden fünf Kategorien — Handel, öffentlicher Dienst, freie Berufe, Haus- und Dienstpersonal, Religionsdiener — erfassen 13,5 Millionen Personen. Die Hauptmasse der Erwerbstätigen der Vereinigten Staaten ist also im Ackerbau, im Bergbau, in der Industrie und im Transportwesen tätig.

Die Regierung der Vereinigten Staaten schätzt die Zahl der Lohnarbeiter und Angestellten auf 32,7 Millionen die Zahl der in freien Berufen tätigen — z. B. Rechtswesen, Heilkunst usw. — auf 500 000 Personen, und die Zahl der Besitzenden, Beamten und leitenden Persönlichkeiten auf 8,4 Millionen. Nach dieser Schätzung entfällt auf die Lohnarbeiter und Angestellten etwas über drei Viertel aller Erwerbstätigen. Eine weitere Unterteilung der Lohnarbeiter und Angestellten zeigt 4,9 Millionen gelernte Arbeiter, 6,4 Millionen angelernte und 11 Millionen ungelernte Arbeiter, 5,6 Millionen Handlungsgehilfen und Büroangestellte 2,4 Millionen Bedienungspersonal und 2,3 Millionen Personen, die einen freien Beruf ausüben oder die in öffentlichen Diensten stehen. Diese vom Arbeitsamt der Vereinigten Staaten ausgehende Schätzung besagt also, daß ein Drittel aller Lohnarbeiter und Angestellten der Vereinigten Staaten aus ungelernten Arbeitern besteht, und daß die angelernten Arbeiter und Handlungsgehilfen zusammen das zweite Drittel der Gesamtsumme umfassen. Auf die gelernten Arbeiter entfällt nur ein Sechstel der Lohn- und Gehaltsempfänger.

Die Angehörigen der freien Berufe (Anwälte, Aerzte, Lehrer usw.) Besitzer, leitende Personen, Kleinhändler, hochqualifizierte Facharbeiter und andere vorgebildete Personen, machen nur einen kleinen Teil der Erwerbstätigen in den Vereinigten Staaten aus. Die große Majorität besteht aus Arbeitern und wenn man die werktätigen Landleute einbezieht, so ergibt sich, daß die überwältigende Mehrheit der erwerbstätigen Bevölkerung der Vereinigten Staaten zu den Handarbeitern gehört.

Nun über das Budget der Arbeiterfamilie. Der Dollar wertet so verschieden vom europäischen Gelde, daß es schwierig ist, eine Vorstellung von der Kaufkraft der amerikanischen Löhne zu vermitteln. Der einfachste Weg hierzu besteht vielleicht in der Wiedergabe des Haushaltsbudgets eines Arbeiters. Seit 1919 veröffentlicht das nordamerikanische Arbeitsamt ein Budget, das den normalen Erfordernissen von „Leben und Gesundheit" entsprechen soll. Es hat den Bedarf an Nahrung, Kleidung, Miete und sonstigen Lebensnotwendigkeiten für eine aus Mann, Frau und drei kleinen Kindern bestehende Familie berechnet und ist dabei von dem Minimum von Lebens- und Gesundheitserfordernissen ausgegangen, unter das eine Familie ohne körperliche oder geistige Gefährdung nicht hinunter gehen darf. Das zur Lebenshaltung verfügbare Einkommen einer Familie muß daher ausreichen um die in diesem Budget enthaltenen Lebensnotwendigkeiten zu sichern.

Das vom nordamerikanischen Arbeitsamt aufgestellte Normalbudget sieht vier Wohnräume mittlerer Größe vor. In den meisten amerikanischen Städten gehört zu einer Wohnung auch eine Badestube mit Toilettenzubehör. Ungefähr ein Drittel des Gesamtbudgets kann für Nahrungsmittel aufgewandt werden, wobei die Berechnung von dem Energiegehalt der Nahrungsmittel ausgeht. Für die Alltagskleidung ist je eine Winter- und eine Sommergarnitur vorgesehen; Unterzeug, Schuhe und Strümpfe sind mit ihrem Jahresbedarf eingesetzt; ferner enthält das Budget Kopfbedeckungen für die ganze Familie, einen Paletot für den Mann und einen Mantel für die Frau. Weitere Rubriken sind für Versicherungsbeiträge, für Spargroschen, für ärztliche und zahnärztliche Behandlung, für Zeitungen und Bücher, für Möbel und Hausrat vorgesehen. Die drei Hauptrubriken des Budgets bleiben natürlich Miete, Nahrung und Bekleidung. Sie umfassen ungefähr drei Viertel des gesamten Budgetaufwandes. Dieses Normalbudget für Erhaltung von Leben und Gesundheit erforderte nach dem Stand vom September 1924 in New York einen Jahresaufwand von 2268 Dollar in Rochester 2196 Dollar, in Chicago 2444 Dollar, in Minneapolis 2555 Dollar und Los Angeles 2596 Dollar. Wenn man diese Ziffern zugrunde legt, hat eine fünfköpfige Familie, die ihre Gesundheit zu erhalten und eine normale soziale Stellung zu behaupten bestrebt, ungefähr 45 Dollar wöchentlich in den Großstädten des mittleren Nordamerikas und des fernen Westens aufzuwenden. Für den Süden dürfte diese Ziffer um 15 bis 20 Prozent niedriger anzusetzen sein.

Für die Arbeiter, die in weniger großen Städten (unter 250 000 Einwohnern), in Kleinstädten und in Dörfern leben, mag sich das Budget um etwa 15 bis 40 Prozent ermäßigen. Die Veränderung ist in diesen Fällen auf die beiden Rubriken: Miete und Nahrung zurückzuführen. Im großen und ganzen ergeben die Berechnungen, daß im industriellen Teil Amerikas ein Jahreseinkommen von 1800 Dollar oder ein Wocheneinkommen von 35 Dollar das Minimum darstellt, mit dem eine Familie Gesundheit und normale Lebenslage behaupten kann. Alleinstehende Männer und Frauen, Ehepaare ohne Kinder und Eltern mit erwachsenen Kindern besitzen natürlich eine wesentlich andere Budgetbasis. Sie können indes hier nicht berücksichtigt werden. Wir müssen uns mit einem einzigen Familienbudget und einem einzigen Familieneinkommen begnügen.

Die Untersuchungen des Arbeitsamtes der Vereinigten Staaten zeigen daß ungefähr 80 Prozent des Familieneinkommens in den Arbeiterfamilien aus dem Verdienst des Familienhauptes herrühren. Die Ziffer stützt sich auf die Untersuchung von Familien, deren Kinderzahl zwischen ein und fünf Kindern schwankt. Im Durchschnitt trifft diese Ziffer für die Familien zu, von denen unser Standard ausgeht. Die restlichen 20 Prozent des Familieneinkommens werden hauptsächlich dadurch gewonnen, daß Kostgänger ins Haus genommen werden. Weiteres Einkommen erwerben Ehefrauen durch Arbeit in und außer dem Hause. Ein sehr geringer Teil des Einkommens entfällt auf die Arbeit der Kinder.

Wie viele amerikanische Arbeiter empfangen nun Löhne, die ihnen die Einhaltung dieses Lebensstandards möglich machen. Sowohl die Regierung der Vereinigten Staates wie auch zahlreiche Einzelstaaten veröffentlichen Ziffern, die eine teilweise Antwort auf diese Frage geben. Der Staat New York ist der hauptsächlichste Industriestaat der USA. In ihm lebt ungefähr ein Zehntel von der Gesamtbevölkerung der Vereinigten Staaten. Im Mai 1925 betrug der durchschnittliche Wochenlohn der männlichen Industriearbeiter im Staate New-York 31,33 Dollar. Es ist dies nur wenig mehr als 1500 Dollar pro Jahr. Die Angaben über die New-Yorker Löhne verteilen sich nun auf 50 verschiedene Berufe. Unter diesen zeigen die Löhne im graphischen Gewerbe den höchsten Wochendurchschnitt mit 40 Dollar. Wir lassen eine Reihe von Arbeitszweigen folgen, in denen die Löhne 30 Dollar übersteigen: Rauchwaren 38,71 Dollar; Frauenkleidung 38,70, Nahrungsmittelarbeiter 30,84 Dollar, Arbeiter in chemischen Fabriken, Oel- und Farbwerken 31,95 Dollar, Automobilbau und Flugzeugbau 34,96 Dollar. Andererseits bleiben die Durchschnittslöhne in einer Reihe von Berufen unter 25 Dollar wöchentlich (1300 Dollar jährlich): Arbeiter in Ziegeleien, Dachziegelwerken und im Töpfergewerbe 24,65 Dollar, Lederarbeiter 23,75 Dollar, Arbeiter in der Baumwollindustrie 21,77 Dollar. Die große Mehrzahl der Löhne bewegt sich indessen zwischen 25 bis 30 Dollar (1300 bis 1500 Dollar jährlich). (Nach „Labor Review, August 1925.)

Der Staat New York liegt im Osten. Nehmen wir die Berichte aus einem der Südstaaten, aus Nordkarolina, wo die Löhne niedriger als im Staate New York sind. Der durchschnittliche Wochenlohn betrug 1924 für Automobilschlosser 30 Dollar, für Bäcker 35 Dollar, für Chauffeure 22 Dollar, für Betonarbeiter 19 Dollar, für männliche Arbeiter in Baumwollfabriken 21,80 Dollar, für männliche Arbeiter in Möbelfabriken 23,40 Dollar, in Tabakfabriken 16,10 Dollar, für ungelernte Arbeiter 15 Dollar, für Hilfsmaschinisten 29 Dollar.

Colorado gehört zu den mittleren Weststaaten. Nach Monthly Labor Review, März 1925, wurden 1924 folgende durchschnittliche Löhne gezahlt: Arbeiter in der Automobilindustrie 24 Dollar, Gummiwerke 25 Dollar, Revisoren 26 Dollar, Glasarbeiter 20 Dollar, ungelernte Arbeiter 17,50 Dollar. In den Bäckereien wurden 35 Dollar für Bäcker, 30 Dollar für Fuhrleute und 22,50 Dollar für Lagerarbeiter gezahlt. Wagen- und Autoreparaturarbeiter erhielten 36 Dollar für Automobilinstandsetzung, 30 Dollar für Schmiede, 30 Dollar für Anstreicher und 32,50 Dollar für Holzarbeiter. Arbeiter der Bekleidungsindustrie wurden wie folgt bezahlt: Zuschneider 45 Dollar, Verpacker und Expedienten 20 Dollar, Mechaniker 37,50 Dollar, männliche Wäscher 25 Dollar.

Für die Eisenbahnarbeiter gibt es Angaben des Eisenbahnamtes der Vereinigten Staaten. (Lohnübersichten, Bericht Nr. 4 vom Mai 1924); wir entnehmen daraus die folgenden, Mai 1924, durchschnittlich gezahlten Tageslöhne verschiedener Gruppen von Eisenbahnpersonal: Eisenbahn- und Reparaturarbeiter 2,84 Dollar, Waggonbau 5,50 Dollar, Maschinisten 6,01 Dollar, ungelernte Werkstättenarbeiter 3,17 Dollar, Stationspersonal 4,88 Dollar, Personenzugführer 6,72 Dollar, Güterzugführer 4,62 Dollar, Güterzuglokomotivführer 7,46 Dollar, Güterzugsheizer 5,59 Dollar. Diese Ziffern entstammen dem gesamten Gebiet der Vereinigten Staaten. Im Süden sind die Eisenbahnerlöhne beträchtlich niedriger als im Norden und Westen.

Die Bergarbeiter der Vereinigten Staaten haben höhere Löhne als die Arbeiter der meisten übrigen, nicht weniger qualifizierten Berufszweige. Dies gilt besonders für die Arbeiter der Steinkohlenbergwerke, die in den letzten drei Jahren gut beschäftigt waren. Nach Monthly Labor Review, Juli 1925, wurden im Anthrazitbergbau 1924 folgende durchschnittliche Wochenlöhne gezahlt: Bergarbeiter (Zeitlohn) 33,60 Dollar, Bergarbeiter (Akkordlohn) 49,03 Dollar, Hilfsarbeiter für die Erstgenannten 32,74 Dollar Hilfsarbeiter für die Letztgenannten 29,28 Dollar, die Schlosser in den Bergwerken erhielten 42,23 Dollar, die Zimmerleute 39,26 Dollar, die Techniker 43,82 Dollar und die ungelernten Arbeiter 31,52 Dollar.

Für den Staat Idaho werden folgende durchschnittliche Tagelöhne im Kohlenbergbau genannt: Bergleute 5,50 Dollar, Zimmerleute 6 Dollar, deren Gehilfen 5,25 Dollar, Maschinisten 6,25 Dollar und ungelernte Uebertagsarbeiter 4,75 Dollar.

Auch im Baugewerbe sind die Löhne im allgemeinen höher als in anderen, den gleichen Geschicklichkeitsgrad erfordernden Berufszweigen. Das Arbeitsamt der Vereinigten Staaten gibt hier die Stundenverdienste an. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt im Baugewerbe zwischen 40 und 48 Stunden, wobei man jedoch berücksichtigen muß, daß die Außenarbeiter infolge der Unbilden des Wetters gewöhnlich nicht während der ganzen Dauer des Jahres beschäftigt sind. Die Stundenlöhne, nach der Statistik im September 1925, betragen für Maurer in Atlanta 1,25 Dollar, in Baltimore 1,50 Dollar, in New York 1,50 Dollar, in Chicago 1,50 Dollar und in Los Angeles 1,50 Dollar; Zimmerleute (in der gleichen Reihenfolge der Städte) 0,80 Dollar, 1,00 Dollar, 1,31 Dollar, 1,25 Dollar, 1,00 Dollar, Stukkateure 1,00 Dollar, 1,25 Dollar, 1,31 Dollar, 1,25 Dollar, 1,25 Dollar.

Ein Ueberblick über die Löhne, die in der verarbeitenden Industrie, Bergbau, Eisenbahnwesen und im Baugewerbe gezahlt werden, zeigt, daß ein verhältnismäßig geringer Teil der Lohnarbeiter mehr als 35 Dollar Wochenlohn oder 1800 Dollar Jahreseinkommen bezieht. Für die große Mehrheit der Fabrikarbeiter bleiben die Löhne unter 30 Dollar wöchentlich. In den besser organisierten Berufszweigen, bei den Bergarbeitern, den Bauarbeitern und teilweise auch bei den Eisenbahnarbeitern liegen die Löhne wohl über diesem Niveau.

(Fortsetzung folgt.)

## Politische Rundschau

### „Ein unerhörter Skandal"

**„Severing verschlechtert der Schupo das Brot!"**

Die deutsche Leninisten-„Fahne" — „begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg", die von den Noske'schen Wegbereitern der Severing'schen Schupo erschlagen wurden — stimmt in ihrer Nr. 99 folgendes Klagegeheul an:

„Der Preußische Innenminister Severing weist in einem Grunderlaß auf die volkswirtschaftliche Notwendigkeit eines stärkeren Verbrauchs von Roggen gegenüber dem aus dem Ausland eingeführten Weizen hin, und spricht „die Erwartung aus", daß die Dienststellen und die einzelnen Beamten der Schutzpolizei diesen Bestrebungen „das größte Interesse entgegenbringen". Dort, wo die Beamten ein helleres Brot verlangen, soll ein 65—70 prozentiges ausgemahlenes Roggenmehl unter Fortfall des bisher mitverbackenen 20prpozentigen Weizenmehls verwendet werden. Semmeln usw. sollen nur noch an zwei Tagen in der Woche zur Verteilung gelangen.

**Diese Verfügung Severings ist ein unerhörter Skandal.** Den Beamten soll künftig schlechteres Roggenbrot verabfolgt werden. Der sozialdemokratische Preußische Innenminister stellt sich damit offen auf die Seite der deutschnationalen Junker, die zur Erzielung höherer Profite seit einiger Zeit die Propaganda für verstärkten Roggenverbrauch betreiben."

So eine Kanaille, dieser sozialdemokratische Innenminister Severing. Anstatt auf die Vollendung der Kapitalsdemokratie durch eine „Arbeiter- und Bauern-Regierung" hinzuwirken, unterstützt er die „deutschnationalen Junker" indem er den ihm unterstellten Schutzgarden der Republik den Brotkorb höher hängt. Fürwahr, ein „unerhörter Skandal" — wenn die Ernährungsweise der Schupomänner etwa eine solche werden sollte, daß ihr Interesse an der Sicherung der schwarzrotgelben Hungerrepublik dem Nullpunkt bedenklich nahe kommt . . .

Doch dem preußischen Staat droht keine Gefahr, denn seine Gummiknüppelhelden wissen ja nun, wo sie sich mit ihren Existenznöten hinzuwenden haben, nämlich an die KPD. — an jene leninistische „Volkspartei", die mit ihrem „revolutionären" Parlamentarismus ein Mädchen für Alles ist: diensteifrig für die Interessen der arbeitermordenden Wächter des demokratischen Zuchthausstaates.

Allerdings: es gibt Arbeiter, die es als einen unerhörten Skandal betrachten, daß gerade die als Erbe der großen Toten des revolutionären Proletariats sich aufspielende „kommunistische" Partei sich dazu berufen fühlt, der Fürsprecher der uniformierten Ordnungsknechte Severings zu sein. Doch die Leute mit solchem Urteil sind natürlich „Wirrköpfe", die absolut nicht begreifen wollen, daß die leninistische Einheitsfrontpolitik, d. h. die Koalition einer Arbeiterpartei mit kleinbürgerlichen und sogar offen konterrevolutionären Schichten der Gesellschaft keinen Bruch mit der revolutionären Klassenpolitik des Proletariats bedeutet. Und dieses Nichtverstehen, dieser „Antibolschewismus" ist — vom Standpunkte der Einheitsfront Thälmann-Noske — wiederum . . . „ein unerhörter Skandal".

## Wie Teddy Thälmann zum Lumpen wurde

Im Mitteilungsblatt Nr. 7 der Ortsgruppe Hannover ist zu lesen:

Als im Frühjahr 1925 die Exekutive vom deutschen Vertreter Katz die Zustimmung zu einer Aenderung ihre Taktik haben wollte, ersuchte dieser, um sich für seinen Widerstand einen stärkeren Rückhalt zu schaffen, die deutsche Partei und ihren Vorsitzenden Thälmann um Stellungnahme. Thälmann schrieb darauf kurz vor der Erweiterten Exekutive von 1925 handschriftlich (wir besitzen den handschriftlichen Originalbrief) an Katz wörtlich:

„Lieber Iwan! Anbei sende ich Euch ein Memorandum, welches in je ein Exemplar abgeschickt ist, an den Genossen Stallin, Sinowjew, außerdem ans Sekretariat des EKKJ. Wie Ihr vielleicht schon erfahren habt, kann ich leider nicht mit hinüberfahren, da ich als der Kandidat der KPD. bei der Reichspräsidentenwahl hierbleiben muß. Ich hoffe, daß Ihr verstehen werdet, daß ich leider bei der Ueberhäufung meiner Arbeit an Euch nicht schon eher einige Zeilen gerichtet habe. Hier versuchen die Rechten mit Bestimmtheit einen neuen Laden aufzumachen und habe ich außerordentlich wertvolles Material geschnappt, was Euch und auch der Delegation nützlich sein wird. — Es kommt ferner hinzu, daß hier versucht wird, mit anonymen Briefen führender Persönlichkeiten zu desavouieren. Sowohl in Hamburg über mich, wie auch über Dengel in Niederrhein, was mir soeben mitgeteilt wird, sind Beweise dafür.

**Keine, aber auch keine Konzessionen, sonst heißt es auch für mich mit Lumpen, die die Partei zerschlagen wollen, nicht für die Revolution, sondern für die Evolution, arbeite ich nicht zusammen.** Vielleicht finde ich noch Zeit, zum nächsten Postempfang Euch etwas ausführlicher zu berichten, aber momentan muß ich schon wieder eilen, um neue Arbeit verrichten zu können. Haltet Euch gesund und grüßt alle von Eurem immer derselbe bleibenden

Teddy."

## Ein Panama der Sozialdemokratie

Im Jahre 1919, als die Wogen der Revolution über die Köpfe der Bourgeoisie hinwegzugehen drohten und das Noskesche Blutregiment für die Dauer ein problematisches Mittel schien, wurde die Gesellschaft „Aufbau und Werden" gegründet. Durch „belehrende" Vorträge und Druckschriften, unter sozialistischer Maske, sollte auf das Proletariat eingewirkt, sollte es wieder in die gewerkschaftliche Hürde zurückgetrieben werden. Wir wissen, daß dies nur zu gut gelang. Welche Schwindelparole hätte bei den deutschen Arbeitern wohl je seine Wirkung verfehlt?

Gründer von „Aufbau und Werden" waren selbstverständlich die Sozialdemokratie und die deutsche Schwerindustrie und das Finanzkapital. Der Kapitalismus lieferte die reichen Mittel, die Sozialdemokratie beider Schattierungen die Propagandisten und übernahm die Leitung. Von sozialdem. Seite gehörten zu den Mitarbeitern: Erwin Barth, Bart der „Revolutionsschmid" (USP.), Kurt Biging, A. Höpfner, B. Janssen, Dr. S. Nestripke (USP.), Reichsarbeitsminister a. D. Schlicke, Heinrich Ströbel, Paul Umbreit, Rudolf Wissel, Nik. Osterroth, Anna Blos, Wolfgang Heine, Richard Woldt, Konrad Hänisch, Ludw. Quessel, Max Schippel Dr. Alb. Südekum, Frau Dr. Wegscheider-Ziegler, Hedwig Wachenheim, Dr. Otto Köster, Max Cohen, Wilhelm Jansson, W. Kimmritz und viele andere. Direktor wurde der bekannte sozialdemokratische Schriftsteller Karl Erdmann.

„Aufbau und Werden" war nicht nur eine gute Versorgung prominenter sozialdemokratischer Führer, Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, sondern auch die damals arg geschwächte sozialdemokratische Parteikasse nährte sich aus den Kassenschränken der Bourgeoisie über die Gesellschaft „Aufbau und Werden". Um diese gefüllte Futterkrippen kam es zum Streit, als der sozialdemokratische Mohr seine Schuldigkeit getan hatte, das Proletariat niedergeschlagen war und die Bourgeoisie mit dem Gelde sparsamer umging. An der leeren Krippe schlagen sich bekanntlich auch die besten Pferde.

Die beispiellose Korruption und politische Hochstapelei wäre wohl nie ans Tageslicht gekommen, wenn nicht eine Anzahl prominenter sozialdemokratischer Persönlichkeiten aus der offiziellen Politik ihrer Partei die Konsequenzen gezogen hätten und ganz und offiziell zur Bourgeoisie übergegangen wären. Anläßlich der Untersuchung der Bestechung des Deutschen Landarbeiterverbandes durch die gleichen Stellen, die seinerzeit „Aufbau und Werden" gespeist hatten, durch die Unternehmerverbände u. a., gab es in dem Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtages einen Krach. Im Verfolg des Landarbeiter-Verbands-Panama nannte der „Vorwärts" Herrn Erdmann der 20 Jahre der Sozialdemokratie angehört und an führender Stelle gestanden hatte, einen politischen Hochstapler. Das bezog sich auf dessen Tätigkeit in „Aufbau und Werden", über dessen Akten man Gras gewachsen wähnte.

Herr Erdmann setzte sich darauf auf die Hosen und schrieb ein Buch, in dem er klipp und klar nachweist, daß aus den Kassen von „Aufbau und Werden", d. h. aus den Unternehmerverbänden nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch die SPD. bestochen wurde und daß die Gesellschaft parteioffiziell anerkannt und die sozialdemokratischen Persönlichkeiten von parteiwegen mitarbeiteten. Aus dem Buche, das demnächst erscheinen wird bringt der „Deutsche Vorwärts" des früheren Vorwärtsredakteurs Emil Unger Abdrucke und eine Anzahl Briefe an Erdmann resp. „Aufbau und Werden", von denen wir hier einige wiedergeben:

Zum Beispiel:

Der Reichspräsident.

Berlin, den 12. März 1920.

Mit großem Interesse habe ich von dem mir freundlichst übersandten Ersten Tätigkeitsbericht der Gesellschaft „Aufbau und Werden" Kenntnis genommen. Ich habe daraus ersehen, daß die von Ihnen vertretene Gesellschaft die Schwierigkeiten unseres Landes auf den verschiedensten Gebieten klar erkannt hat und mit Takt und Energie an der Erneuerung unseres wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens mitarbeitet. Ich wünsche „Aufbau und Werden" auch für die Zukunft besten Erfolg.

gez.: Ebert.

Herrn Karl Erdmann
Berlin-Wilmersdorf.

Der ebenfalls sozialdemokratische Polizeipräsident Eugen Ernst schrieb:

Der Polizeipräsident. Berlin C 25, den 8. März 1920.

Herrn Karl Erdmann
Büro: Aufbau und Werden, Berlin.

Sehr geehrter Genosse Erdmann!

Meinen besten Dank für die Zusendung Ihres Tätigkeitsberichts, den ich mit großem Interesse gelesen habe. Ich habe daraus ersehen, welche gewaltige Arbeit von Ihrem Verein geleistet wurde.

In der Hoffnung, daß sie den von uns allen gewünschten Erfolg trägt, und daß Ihre Gesellschaft auch weiter ihre segensreiche Tätigkeit entfalten kann, verbleibe

mit Parteigruß
gez. Eugen Ernst.

Ja, auch der „Vorwärts"-Redaktion ist das Pech passiert, vergessen zu haben daß auch sie gratuliert hat:

Vorwärts, Berliner Volksblatt
Centralorgan der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands. Redaktion.

Berlin SW 68, 9. März 1920.

Herrn Carl Erdmann, Berlin-Wilmersdorf.

Werter Genosse Erdmann!

Mit bestem Dank bestätige ich die Uebersendung Ihres Tätigkeitsberichtes, den ich mit außerordentlichem Interesse gelesen habe. Ich beglückwünsche Sie herzlichst zu dem großen und schönen Erfolge.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr ergebener
gez.: W. Peiser.

Dieser Herr Peiser, der frühere Freund des Herrn Unger und Mitarbeiter an dessen „Scheinwerfer", ein ganz junger und unwissender Mensch, ist heute Regierungsrat bei der Pressestelle der Preußischen Staatsregierung. Die Anerkennung von Aufbau und Werden und ihres Direktors hatte natürlich klingende Folgen, wie Herr Erdmann schreibt. **Die Betriebsräteschule des Gewerkschaftskartells Rheinland-Westfalen bekam mehr als 30 000 Mk.** Kennzeichnend ist es auch, daß die Sozialdemokratie auch für reaktionäre bürgerliche Blätter sorgte. Ein Brief eines sozialdemokratischen Granden lautet:

Auswärtiges Amt
Pressestelle bei der Reichsregierung.

Berlin, Wilhelmsplatz 8, 10. Mai 1920.

P. I. 1889. Streng vertraulich!

Sehr geehrter Herr Erdmann,

die „Ostsee-Zeitung" die ein gutes demokratisches Blatt ist und vielleicht als einzige Zeitung den demokratischen Gedanken in Pommern wirklich verteidigt (sie war während des Kapp-Putsches verboten), möchte gern ihren Aktionsradius dadurch erweitern, daß von einer dazu geeigneten Stelle eine größere Auswahl von Abonnements genommen und die betreffenden Nummern gratis und systematisch versandt werden. Die damit naturgemäß verbundene finanzielle Aushilfe würde dem Blatte gleichfalls sehr verbunden sein; sie ist ihm wohl auch nötig.

Ich weiß nun nicht, wer der „Ostsee-Zeitung" in solchem Sinne behilflich sein soll. Die mir amtlich zugänglichen Stellen kommen hierfür nicht in Frage. Könnten Sie von „Aufbau und Werden" aus etwas tun? Ich bitte, die Angelegenheit jedenfalls vertraulich zu behandeln und mir Ihren Bescheid zukommen zu lassen.

Herrn Karl Erdmann, I. A.
Direktor von „Aufbau und Werden". gez.: Breuer.
NW 57, Potsdamer Straße 67.

Es wurde aber so ziemlich alles bestochen, was sozialdemokratisch war, auch die an den gutgefüllten Krippen. Z. B.:

Anschriften:
Hans Leuß, Schriftsteller,
Mitglied der „Welt am Montag"-Redaktion,
Berlin SW 6, Schiffbauerdamm 19.
Vorsitzender des Landes-Ausschusses;
Mitglied des Landtages;
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion;
Mitglied der Verw. des Staatsschatzes
Neustrelitz, Schloß,
Landdrost zu Stargard i. M.

Neustrelitz, 15. Juni 1920.

Lieber Karl Erdmann! Ich habe Ihnen neulich nach der Potsdamer Straße (Aufbau und Werden) einen Eilbrief geschickt. Es liegt mir daran, von Ihnen zu erfahren, ob Sie diesen Brief bekommen haben. Ich hatte Ihnen darin geschrieben, daß wir hier eine Druckerei mit Haus und Zeitung — — — (einziges Blatt der Stadt) gekauft haben für rund 400 000 M., daß wir darauf 140 000 M. angezahlt haben und noch 200 000—250 000 M. gebrauchen — — —, weil wir die Druckerei usw. weitergeben. Um aber den Kauf zu realisieren, bedürfen wir der Summe, die ich erwähnte. Wir würden persönlich uns für diese Summe verpflichten, auch die hiesige Partei. Können Sie uns diesen Betrag besorgen oder nicht? — In jedem Fall bitten wir um umgehende Nachricht.

Mit den besten Grüßen
Ihr Hans Leuß.

Auch der olle ehrliche Herr Ede Bernstein fehlt nirgends, wo Geld verteilt wird. Herr Bernstein, der heute in Arbeitsgemeinschaft mit der KPD. steht, brauchte Geld. Geld auch zur Bekämpfung der damals noch kommunistischen 3. Internationale:

Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie,
Berlin NW 21, Pritzwalker Straße 1.

Berlin, den 3. September 1920.

An Gesellschaft Aufbau und Werden,
z. H. des Herrn Karl Erdmann Hier.

Werter Genosse Erdmann!

Von allen Seiten sind dieser Tage Anregungen an uns herangetreten, in den Konflikt der USPD. einzugreifen und der Däumig-Stöcker-Gruppe ein Paroli zu bieten. Selbst Kreise der USP., welche uns früher entgegenstanden, würden es gern sehen, wenn wir Aufklärung in ihren Kreisen schafften. Moskau wird uns noch sehr viel zu schaffen machen und vielleicht den Ausgangspunkt für weitere Unruhen bilden.

Wir in der Zentralstelle, soweit wir noch Fühlung mit unseren 312 Ortsgruppen haben, würden gern die Hand bieten, doch fehlt es uns an Mitteln. Wir beabsichtigen,

ein Aufklärungsflugblatt über die III. Internationale in den nächsten Tagen in etwa 200 000 Auflage ins Land zu senden, wenn uns die Möglichkeit zu einer kräftigen Beihilfe von 4000 bis 5000 M. hierzu gegeben würde.

Wie steht es bei Ihnen? Können Sie dafür nicht einen Teilbetrag uns zur Verfügung stellen?

Mit sozialdemokratischem Gruß
Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie.
I. A.: Riebeling.

Herr Eduard Bernstein, der USP.-Mann, schrieb auch selbst an den „feindlichen" Sozialdemokraten Erdmann, wie folgende Karte zeigt:

Oberhofen bei Thun, Hotel Montano 29. Juli 1919.

Sehr geehrter Genosse! Ihr frdl. Brief vom 15. d. M. erreichte mich auf Umwegen hier. Nehmen Sie vorerst herzlichen Dank für die Spende an die Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie. Das Geld kann ich erst erheben, wenn ich wieder in Berlin sein werde, also in 14 Tagen, da ich zunächst noch der Internationalen Sozialisten-Konferenz in Lugano beiwohnen werde, deren Beschlüsse für die Entwicklung der Dinge nicht gleichgültig sind. Aber ich werde meinen Kollegen im Vorstand der Zentralstelle sofort von der Spende Mitteilung machen.

Es interessiert mich sehr, Näheres über das Statut und die Arbeit Ihrer Gesellschaft zu erfahren. Daß das Symbol „Aufbau und Werden" auch das meine ist, brauche ich nicht erst zu sagen.

Mit besonderer Hochachtung
ergebenst Ihr
Ed. Bernstein.

Zu dieser Bernsteiniade wäre noch hinzuzufügen, daß die Mitglieder der Zentralstelle weder von dieser Korrespondenz etwas wußten noch von dem Gelde, auch nicht die eingeweihtesten Funktionäre! Weder vom Eingang, noch von dessen Verbrauch!

Herr Erdmann nennt noch weitere Stipendienempfänger, darunter den Berliner SPD.-Mann Wuschick. Millionen Druckschriften wurden an SPD. und Gewerkschaften geliefert und bezahlt. Der Bergarbeiter-Verband quittiert am 23. Mai „dankend den Eingang von 20 000 Broschüren".

Obwohl seit der Veröffentlichung in dem genannten Blatt (28. März 1926) fast 5 Wochen vergangen sind, schweigt der „Vorwärts" die Geschichte tot. Daß die „Rote Fahne" schweigen muß, um hinter der Sozialdemokratie weiter hinterherhinken zu dürfen, versteht sich am Rande. Die Leute, die das veröffentlichen, sind aber Jahrzehnte in der Sozialdemokratie gewesen und durch diese emporgewirbelt in „Aufbau und Werden". Die Briefe sind Originale und noch heute vorhanden. Ist Erdmann Hochstapler, so wurde er es als Sozialdemokrat.

Was sagen die Proletarier zu der Bestechung ihrer „Führer" und ihrer Parteien durch die Unternehmerorganisationen. Was sagen sie dazu, daß sie die Wahrheit so stillschweigend hinnehmen. Glauben sie weiter an ihre gewerkschaftlichen und politischen „Klassenkampf"-Organisationen und an ihre bestochenen, stinkenden Götter?

## Geschäftssorgen der „Roten Fahne"

### Kampf um die Inseratenplantagen.

Es geht doch nichts über die Geschäftstüchtigkeit des Zentralorgans der KPD., selbst wenn die eigenen Genossen dabei unter die Räder kommen. Bezeichnend für die hohe Aufgabe, Profite aus den Inseratenplantagen auf alle mögliche Weise herauszuschlagen, um die „rote Mottenpost" gewinnbringend zu gestalten, ist nachstehendes Rundschreiben des Verlags der „Roten Fahne" an seine kapitalkräftigen Inserenten:

Berlin SW 48, den 12. April 1926
Friedrichstraße 225.

An unsere verehrl. Inserenten!

Verschiedene Anfragen aus den Kreisen unserer verehrl. Kundschaft geben uns Veranlassung, Ihnen folgende Nachricht zukommen zu lassen. Seitens des Neuen Deutschen Verlages als Herausgeber der „Arbeiter Illustrierten Zeitung" werden durch besondere Beauftragte dieses Verlages Inserate geworben. Wie wir festgestellt haben, operieren dessen Werber damit, daß sie sich unserer verehrl. Kundschaft gegenüber als Beauftragte der „Roten Fahne" ausgeben.

Der Ordnung halber machen wir Sie darauf aufmerksam, daß das Unternehmen des Neuen Deutschen Verlages bezw. der „Arbeiter Illustrierten Zeitung" nicht identisch ist mit dem Verlag der „Roten Fahne"; dementsprechend sind Vertreter des Neuen Deutschen Verlages **nicht berechtigt**, sich als Beauftragte des Verlages der „Roten Fahne" zu bezeichnen.

Inserate für „Die Rote Fahne" werden nur durch die **Inseraten-Expedition für Arbeiterzeitungen, Berlin SW 48, Verl. Hedemannstraße 10**
und die **Anzeigen-Abteilung der „Roten Fahne", Verl. Hedemannstraße 6**, oder deren direkte Beauftragte entgegengenommen.

Indem wir der Erwartung Ausdruck geben, daß Sie sich vorstehende Mitteilung zur Kenntnis dienen lassen, empfehlen wir uns Ihnen bestens und zeichnen

hochachtungsvoll
Verlag „Die Rote Fahne".

Die in diesem Rundschreiben erwähnte „Arbeiter Illustrierte Zeitung" ist das von dem bekannten KPD.-Mitglied und „M. d. R." Willi Münzenberg herausgegebene Bilderbuch der kommunistischen Internationale und der Internationalen Arbeiterhilfe, die sich den Neuen Deutschen Verlag dafür gegründet haben. Einige in der KPD. organisierte Proletarier glaubten in ihrer Naivität, ein für ihre Bonzen und Führer wohlgefälliges Werk zu tun, wenn sie die in der „R. F." inserierenden Unternehmer veranlaßten, auch in der „A. I. Z." die Inseratenplantage zu vergrößern und die Profite daraus zu steigern. Aber die Schmierfinken der „Roten Fahne" wissen es besser, daß die größeren Profite aus den Inseratenplantagen der „R. F." ihnen zugutekommen und sind auf ihre „kommunistischen" Konkurrenten in der „Arbeiter Illustrierten Zeitung" futterneidisch. So wird aus dem **Klassenkampf** in der KPD. ein **Kassenkampf** der einzelnen Führercliquen. Ein Beitrag zur Versumpfung der „kommunistischen" Presse in der Geldsackrepublik, der die revolutionären Proletarier lehren müßte, derartige Erzeugnisse mit gebührender Verachtung zu strafen.

## Der Volksentscheidsrummel

### Külz entlarvt die Entlarver.

Nachdem der parlamentarische Rechtsausschuß zur Fürstenabfindungsfrage dieses Objekt zur Ablenkung der Proletarier in 36 Sitzungen und 100 Besprechungen soweit „geklärt" hat, daß aus dem dabei entstandenen Wirrwarr von politischen und rechtlichen Streitfragen, Kompromißversuchen, Anträgen überhaupt kein Mensch mehr herausfindet und selbst im parlamentarischen Stall alle Leithammel wild durcheinander rennen, hat am 28. Aprpil im Reichstage die Aussprache über den bekannten Gesetzentwurf der SPD. und KPD. zur Enteignung der Fürstenvermögen begonnen. Daß dieser Antrag der Koalition Noske-Thälmann abgelehnt wird, steht zweifellos fest und es handelt sich für die Regierungsparteien nur noch darum, ihm möglichst einen konkurrierenden Kompromißentwurf zum Volksentscheid an die Seite zu stellen, eine Aufgabe, die bis zur Stunde jedoch noch nicht gelöst ist.

In der Reichstagsdebatte über das Enteignungsbegehren mußten nun die Volksentscheid-Demagogen der SPD. und KPD. erleben, wie ihnen von dem demokratischen Reichsminister Külz ihre eigenen Sünden vorgehalten wurden. Der Demokrat verhöhnte sie nach dem Bericht der „DAZ." folgendermaßen:

**„Auch die Volksbeauftragten und die sozialistischen Regierungen der Revolutionszeit haben zum Ausdruck gebracht, daß das entschädigungslose Eingreifen in das private Eigentumsrecht nicht mit den Grundsätzen des Rechts und der Verfassung vereinbar sei. Die Revolution hat versäumt, dieses Problem, das an sich ein Revolutionsproblem hätte sein sollen, zu regeln, und da war es Sache der Länder, diese Regelung zu treffen. Das Problem ist in der Mehrzahl der Länder befriedigend geregelt worden, auch mit Zustimmung der Sozialisten."**

Külz verrät mit diesen Feststellungen gewiß keine Neuigkeit. Es kann aber nicht oft genug daran erinnert werden, daß die SPD. wegen ihrer bewußten Versäumnisse in den Monaten nach dem 9. November 1918 gar kein Recht hat, andere als Fürstenknechte anzuprangern. Und die revolutionären Proletarier wissen des weiteren, daß auch die KPD. im berühmten Glashause sitzt, denn auch ihre Sachsenminister Böttcher, Brandler und Heckert waren 1923 einverstanden damit, daß den Tagedieben des Hauses Wettin Millionenwerte in den Rachen geworfen wurden. Heut aber gebärden sich diese Ritter von der traurigen Gestalt als unversöhnliche „Fürstenfeinde", — weil sie nicht mehr an der Staatsfutterkrippe sitzen, und die so vergeßlichen Proletarier fallen noch immer auf die Ablenkungsmanöver dieser parlamentarischen Postenjäger herein.

# Aus der Bewegung

### Rheinland-Westfalen

Entgegen des revol. Verrats der parlament. Arbeiterparteien, ganz besonders der unter der Firma KPD. segelnden russischen Handels und Nep-Agentur erachtet es die KAP. nach wie vor als ihre Pflicht, gegenüber dem Proletariat das auszusprechen, was ist. Unbekümmert der heutigen Massenapathie mit der das Proletariat seiner historisch notwendigen Klassenaufgabe gegenübersteht, ja gerade dessentwegen demonstrieren wir dem Proletariat mit aller Schärfe die Notwendigkeit des Bruchs mit allem Opportunismus und scheinreformistischen Organisationen, sowie der zur Durchführung der Prol. Revolution bedingten Klassenzusammenfassung in rev. Betr. Org. und KAP.

Eine am 23. 4. 26 von der KAP. in Essen Borbeck mit dem Thema: Wirtschaftslage, Massenarbeitslosigkeit. — Was ist zu tun, einberufene öffentl. Versammlung nahm einen für uns guten Verlauf. War auch der Besuch ein nicht übermäßiger, so war doch um so mehr die Klärung der revol. Lösungsprobleme, prol. Klassenbefreiung eine bessere. Sowohl Ausführungen unseres Referenten als auch der Diskussionsredner wurden, da in sachlicher Form bewegend ruhig angehört. Besonders zeichnete der Refr. die Weltlage im Kohlenbergbau und der Bergarbeiterbewegung in England auf. Die Bergarbeiterbewegung, die in jeder Form, wenn sie nicht die gewerkschaftliche Bahn durchbricht, mit einer Niederlage enden müsse; sei es durch Staatssubvention gewährte, verschleierte — sich langsam auseinanderwirkende oder einer direkten Niederlage, als Folge des gewerksch. Streiks. Die Diskussion wurde von 2 KPD.-Genossen und 1 SPD.-Mann bestritten. Der SPD.-Mann pries (wohl um die Sympathie bei den den KPD.-Genossen zu ernten) die Einheitsfront beim Volksbegehr an, die auch weiterhin erhalten werden müßte. Die Sympathie bei den Anwesenden fand er allerdings nicht. Die KPD.-Genossen erklärten sich mit vielen der Ausführungen des Refr. einverstanden, waren aber noch nicht genügend von dem Wahn bezüglich Rußland geheilt. Des Weiteren konnten sie nicht begreifen, daß wir nicht einsehen könnten, daß die Verelendungstheorie doch immer tiefer ins Elend und ab von der Revolution führe; wir müßten darum solange die Revolution nicht gemacht werden könne in Gewerksch. um höheren Lohn kämpfen. Im Schlußwort setzt sich der Refr. den Verelendungstheoriehumbug auseinander und schloß mit dem Appell, daß sich die Versammelten wenn sie der Sache des Proletariats dienen wollen, sich miteinreihen müssen in die Kampffront der KAPD.

Ein Gegenstück zu unserer Versammlung war eine am 24. 4. 26 von der KPD. einberufene Versammlung im Nordpark. Zur Wirtschaftslage sagte der Refr., daß die Bergarbeiter, wenn der Kampf in England einsetzen sollte, den Kampf um den 7 Stundentag beginnen müßten; **um so durch einen evtl. zu erreichenden Kohleneinheitspreis die Konkurrenzschwierigkeiten des intern. Kohlenmarktes zu beseitigen.** Weiter monierte er gegen die Gewerksch., welche die Staffelung in der Erwerbslosenunterstützung beantragten. Konnte aber dazu nichst anderes sagen, als: „Rinn in die Gewerkschaften". Ein 2. Refr. behandelte das Mieterschutzgesetz, um dem Proletariat zu zeigen, daß doch noch manches Vorteilhafte für die Mieter zu finden sei. Wie die Arbeiter über diese Vorteile denken, zeigte dem Refr. ein Erwerbslosenratsmitglied, welcher der KPD. vorwarf, daß sie den Mieterstreik sabotiert hätten und dem Arbeitslosenrat Vorhaltungen gemacht hätten, daß sie den Radikalisierungsprozeß der Arbeitslosen zu schnell voran trieben. Wegen vorgerückter Zeit nahm man dann einen Antrag auf 5 Min. Redezeit an. Ein Genosse von uns zeigte in kurzen Umrissen die Flachheit des ersten Refr., als auch die ganze parl. Verlumperung der KPD., wie sie selbst von ihren Linken gestempelt wird, auf. Die Versammlungsleitung wurde, da selbst nach 10 Min. Sprechdauer die Versammlung unsere Genossen noch anhörte, nervös und wollte ihm das Wort entziehen. Der einsetzende Sturm der Versammlungsteilnehmer zwang zur nochmaligen Abstimmung in der die Versammlung mit Mehrheit für Weitersprechen des KAP.-Genossen entschied. Die weiteren Ausführungen des Genossen und die Aufforderung zur grundsätzlichen Klärung der Dinge in der von der KAP. veranstaltenden Oeffentlichen Versammlungen zu erscheinen, fanden starke Zustimmung. So kam in dieser Versammlung die Nep-KPD. nicht auf ihre Rechnung. Die Gen. von der KAP. werden aber in noch stärkerem Maße wie bisher ihre Aktivität unter den Massen zu entwickeln wissen.

# Ausland

## Die Demokratie in Amerika

Wie Rußland für die deutschen Moskowiter, so ist Amerika für die Sozialdemokraten Amsterdamer Richtung das Mekka aller gläubigen Gewerkschaftsmoslims. Eine ganze Reihe Gewerkschaftsbeamte haben in letzter Zeit Amerika besucht und den deutschen Proletariern Psalme über die Arbeiterautos, die Dollarlöhne, über das laufende Band und andere Wunderdinge in der Gewerkschaftspresse vorgesungen. Nur über die Auswirkung der amerikanischen Produktionsmethoden sahen sie ebensowenig als die „58 deutschen Arbeiter in Rußland". Da nun ein Gewerkschaftsbeamter schon mit ganz anderen Augen sieht als die Postenanwärter der leninistischen Schule, muß das schon eine Bedeutung haben.

Die Kehrseite des laufenden Bandes ist die unmenschliche Ausbeutung, die hohe Anforderung an Körper und Geist und die große Zahl der Proletarier, die, ausgepreßt wie eine Zitrone, einfach ausrangiert und dem Hungertode überantwortet werden — wenn sie nicht der Gesellschaft zu Leibe rücken und zum Verbrecher an der demokratischen Verbrecherordnung werden. Und diejenigen, die sich auf diese Weise ihrer Haut wehren sind in Amerika sehr zahlreich. Selbst in europäischen Zeitungen findet man fast täglich Berichte über organisierte Selbsthilfe. In den Industriestaaten Ohio und Illinois kann man ruhig davon sprechen daß die Ausgestoßenen, die „Räuberbanden", die Macht ausüben. Besonders in Chicago im letzteren Staate, einer nach mehreren Millionen Einwohnern zählenden riesigen Industriestadt haben sie solche Macht erreicht, daß das Ausbeutertum um sein Eigentum zittert. General Dawes, der deutsche Gott, hat sich mit einem Memorandum an die Bundesregierung um Hilfe gewandt, dem wir folgende bezeichnende Absätze entnehmen:

„Chikago befindet sich heute in der Hand der über den Gesetzen stehenden „Lehnherren" der Sünde. Die Bürger der Stadt sind sozusagen steuerpflichtig der „schwarzen Hand". Mit Terrorismus, Kinderraub und Meuchelmord zwingen sie den Einwohnern ihren unbedingten Willen auf."

„Die schwarze Hand hat viele, schwerreiche Mitglieder. **Die schwarze Hand ist mit der Polizei in vollständigem Einverständnis**, sie betätigt alle gesetzwidrigen Geschäfte. Sowohl das Gebiet der Stadt, wie auch die verschiedenen Verbrechen, teilten sie unter sich auf, dulden keinerlei Einmischung in ihre Angelegenheiten und bestrafen mit dem Tode diejenigen kleineren Verbrecher, die den Mut haben, in ihren Wirkungskreis einzudringen. **Mit Duldung und Wissen der Polizei lassen sie fünf Bierbrauereien und Spiritusbrennereien arbeiten; die Verteilung des Alkohols geschieht unter dem Schutze der von der Polizei gestellten Wache.**"

Brauereien und Brennereien sind nämlich verboten, weil die USA. „trockengelegt" sind. Ihr Betrieb wirft im Verhältnis zum aufgewendeten Kapital, ebensoviel Profit ab wie die Bank-, Stahl- und Brottrusts, die bekanntlich auch „verboten" sind.

Das Memorandum enthüllt auch die bezeichnende Tatsache, **daß die einflußreichen Banditen für die Mitglieder der Staatsanwaltschaft Banketts veranstalteten und die führenden Beamten der Polizei mit Schmuck und Automobilen beschenken.**

Uebrigens ist es nach dem Dawes-Memorandum für den Reichtum und die Verbindungen dieser Banditen charakteristisch, daß, als eines ihrer Mitglieder, Edward Beldelli, der insgesamt 41 Morde begangen hatte vor kurzer Zeit starb — er wurde von einem „Freunde" (nicht von der Demokratie) erstochen —, ihm ein Begräbnis zuteil wurde, das die amerikanischen Blätter mit dem Namen „Millionendollar funeral" (Millionendollar-Begräbnis) bezeichneten. An dem Begräbnis hatten Chikagos sämtliche Räuberbanden teilgenommen, ohne jedwede Furcht vor den Behörden. Ja, sogar die amerikanischen Blätter waren gezwungen, festzustellen, daß selten einen amerikanischen Bürger derartige Feierlichkeiten auf seinen letzten Weg begleiteten.

Das ist übrigens nicht verwunderlich, denn die Herrschaften arbeiten nach kapitalistischen Methoden; die eine immerwährende Ausdehnung des Geschäftsbetriebes bedingen. „Räuber" und „Verbrecher" sind diese Herren nur, solange sie nicht die Rockefeller, Carnegie und Räuberkonsorten an Macht überflügelt und verdrängt haben. Würden die Beldelli-Leute neben der Polizei und einer Anzahl Staatsanwaltschaften und Gerichtshöfe auch das Parlament samt Hintermännern auf ihrer Seite haben, so wäre ihr Tun eben das demokratischgesetzliche und die Dawes-, Rockefeller- und Carnegieleute wären die Verbrecher. Für Beldelli würden sich dann die Gewerkschaftsbeamten so begeistern wie heute für Ford.

General Dawes betont am Schlusse seines Memorandums, daß, obzwar er sehr gut wisse **daß derartige Zustände auch in den übrigen Großstädten herrschen**, er es doch für notwendig hält, daß die Bundesregierung eben in Chicago — wo die Zustände am unhaltbarsten sind (und wo die schwersten Dollarkönige ihr Gewerbe betreiben) — den erbarmungslosen Ausrottungskrieg gegen die Banditen und ihre Komplizen beginnt.

Ursache zur Schadenfreude und zum Samariterspielen liegt für die deutsche Presse übrigens nicht vor. Die Amerikaner könnten sehr leicht beweisen, daß Polizeipräsidenten, wie sie z. B. Berlin hatte, dort nicht vorkommen und daß es dort auch kein System Jürgens gibt.

# Mitteilungen

### Groß-Berlin

**Zentrale.** Dienstag, den 4. Mai 1926: Sitzung.

•

**Mai-Jugendtag in Pichelswerder**
am Sonntag, den 2. Mai 1926.

Alle Berliner Genossen treffen sich um ½10 Uhr vormittags in **Charlottenburg, Sophie-Charlotte-Platz**, an der Schule. Von dort Abmarsch nach Pichelsberge. Genossen, beteiligt Euch zahlreich. Reichsausschuß der KAJ.

•

**Spandau.** Genossen und Genossinnen, die mit dem Gedanken der KAP. und AAU. sympathisieren, treffen sich Donnerstags, abends 7.30 Uhr, bei Wagner, Lokal Wasserturm, Falkenhagener Straße. Daselbst ist auch unsere Presse zu haben.

•

**2. Bezirk.** Freitag, den 7. Mai, abends 7 Uhr, im Lokal Oelschläger, Berlichingenstraße 5. Mitglieder-Versammlung. Thema: Darwinismus.
Sympathisierende haben Zutritt.

•

**14. Unterbezirk (Neukölln).** Freitag, den 7. Mai 1926, abends 7.30 Uhr, bei Schwarzkopf, Fontanestr. 26. Mitglieder-Versammlung. Thema: Psychoanalyse und Marxismus.
Sympathisierende sind eingeladen.

•

**17. Unterbezirk.** Freitag, den 7. Mai 1926, **pünktlich 8 Uhr**, öffentlicher Diskussionsabend bei Bartsch, Neue Bahnhofstraße 20. Vortrag: **Gestatten die Naturgesetze den Kommunismus?** Sympathisierende willkommen.


**Die K.P.D. im eigenen Spiegel.**
(Aus der Geschichte der KPD. und der III. Internationale.)
176 Seiten stark.
Preis broschiert 2 Mk., gebunden 3 Mk.
(Organisationsausgabe 1,50 und 2,50 Mark.)
Bestellungen nimmt entgegen:
Buchhandlung für Arbeiterliteratur,
Berlin O 17, Warschauer Str. 49.



Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sefs, Neukölln. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Iszdonat, Berlin O. 17, Langestraße 79.



7. Jahrg. Nr. 35
s

# Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Mai 1926
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29
(Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.


# Der Generalstreik in England

Der Generalstreik in England wird für die weitere Entwicklung der englischen sowie der gesamten Arbeiterbewegung von geschichtlicher Bedeutung werden. Er ist der Versuch der englischen Arbeiterklasse, die kapitalistische Offensive auf den Lebensstandard der englischen Arbeiterklasse abzuwehren. Das englische Proletariat war vor dem Kriege im besonderen, nach dem Kriege noch bis zu einem gewissen Grade Nutznießer der englischen Kolonialpolitik. Bei dem sich immer schärfer zuspitzenden Konkurrenzkampf des Weltkapitals auf dem Weltmarkt greift der englische Kapitalismus zum letzten Mittel, zum Lohnabbau und zur Rationalisierung. Die Kohlenkommission schlug der Regierung diesen Weg vor und Hodges war für eine Verlängerung der Arbeitszeit, Macdonald für ein „zeitweises Opfer". Die englischen Gewerkschaftsführer weisen mit Entrüstung den Vorwurf zurück, daß dieser Streik, an dem die Bergarbeiter, Eisenbahner, Transportarbeiter, See- und Binnenschiffer, Gas- und Elektrizitätsarbeiter teilnehmen, eine revolutionäre Aktion gegen die Regierung sei. Die reformistische Taktik der Gewerkschaften erlebt ihre höchste Konzentration, nachdem 1921 der englische Streik zusammenbrach, und im Jahre 1925 die Regierung dem Konflikt auswich. Der „Rote Freitag" war eine Vertagung der großen Auseinandersetzung durch den englischen Kapitalismus. Der Bergbau wurde weiter durch staatliche Zuwendungen unterstützt. Die Kosten dafür haben in den verflossenen neun Monaten 19 Millionen Pfund Sterling betragen, was im Jahre 25 Millionen Pfund Sterling betragen würde. Die anderen kapitalistischen Industrien sind nicht gewillt, diese Last zu tragen. Die sich immer mehr verschlechternde Wirtschaftslage läßt dies auch nicht mehr zu. Die Handelsbilanz für das erste Vierteljahr 1926 zeigt ein Zurückbleiben um 51 Millionen Pfund Sterling gegenüber dem ersten Vierteljahr 1925. Die Ausfuhr ist um 19 Millionen Pfund Sterling zurückgegangen. Die englische Kapitalistenklasse steht daher vor der Notwendigkeit, eine Entscheidung herbeizuführen.

Daß Angesichts dieser Sachlage Thomas im Unterhaus erklärte: „Ich bin überzeugt, daß wenn heute eine Abstimmung stattfindet über die Frage, wer eine Revolution will, nicht zwei vom Hundert der Bevölkerung diese Frage mit „Ja" beantworten würden", kennzeichnet die Lage.

Trotzalledem ist der Geist der englischen Arbeiter ein anderer, wie der der deutschen. Das englische Proletariat ist noch nicht so niedergekämpft wie das deutsche, aber seine momentane Kraft wächst aus einer erstaunlichen Naivität bezüglich der Kampfbedingungen. Das englische Proletariat ist noch durchdrungen von einem starken Bewußtsein seiner Rolle im bürgerlichen Klassenstaat, es will sich seine Rolle als ebenbürtiger Bürger nicht nehmen lassen. So wenig die englische Arbeiterklasse an Revolution denkt, so ungestüm verschärft sie durch ihr Vorgehen die Krise und schafft damit die Bedingungen, die es sehend machen werden, daß seine Zukunft nicht im kapitalistischen Klassenstaat, sondern nur durch die Revolution gesichert werden kann. Welchen Charakter dieser Prozeß aufweisen wird, in welchem Tempo diese ideologische Klärung vor sich gehen wird, darüber ist im Moment keine Prophezeihung möglich. Daß sie vor sich gehen, und die gegenwärtige Auseinandersetzung der Auftakt dazu sein wird, ist sicher. Die englische Kapitalistenklasse zieht mit dem Geschrei in den Kampf: Freiheit der Nation! Nieder mit dem Terror der Straße! Wir wollen keine Sowjets! Die englische Arbeiterklasse steht auf und wird im Verlauf des Kampfes die Schranken der reformistischen Taktik sehen. Im entscheidenden Moment werden die großen englischen Gewerkschaften, wie in allen Ländern auf Seiten des Kapitals stehen und dem Proletariat zum Bewußtsein bringen, daß mit dem Höhepunkt der kapitalistischen Entwicklung auch der Höhepunkt der reformistischen Taktik erklommen ist, der Kampf gegen den Kapitalismus als System, zugleicher Zeit ein Kampf gegen die Gewerkschaften als seine letzten Stützen ist, und der Kampf für die Unionen als Grundlage der Räte beginnen muß.

Die deutschen Gewerkschaften stehen dieser Aktion der englischen Arbeiter sehr beklommen gegenüber. Das anfeuernde Beispiel der englischen Arbeiter ist diesen Herrschaften höchst unangenehm. Im stillen hoffen sie auf die Niederlage, hoffen sie, daß das deutsche Kapital infolge dieses Streiks neue Absatzmärkte erobern möchte, damit sie auf dem Steckenpferd der fallenden Arbeitslosigkeit herumreiten könnten. In keinem Falle wünschen sie natürlich, daß das englische Beispiel ansteckend wirkt. Das wäre ja kein „Wiederaufbau". Sie hoffen, daß durch diesen Kampf das deutsche Kapital gewinnen möge, und alles Gerede von Solidarität ist Schwindel. Sie können es natürlich nicht wagen, Streikbrecherkohle offen nach England zu verschiffen, aber sie haben den festen Glauben, daß die deutsche Kohle in den außerenglischen Absatzmärkten Eingang finden möge, daß durch den Abbau der Staatszuwendungen in England der deutsche Kohlenbergbau wieder konkurrenzfähig wird. Und sie sind ehrlich gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit, gegen einen Lohnabbau, damit die Bedingungen für den Wettbewerb möglichst günstig bleiben und denken dabei: Gott behüte unser geliebtes Vaterland, unsere demokratische Republik vor dem großen Unglück eines solchen Streiks.

Die III. Internationale braucht in dieser Bewegung keine Rücksicht nehmen. Rußland ist mit England nicht durch einen Vertrag, wie in Deutschland gebunden, sondern die Schwächung des englischen Imperialismus ist ein Hauptpunkt in der Politik der III. Internationale. Die III. Internationale wendet daher in diesem Kampfe ihre „kurze" Perspektive an. Nicht etwa, um den englischen Arbeitern zum Siege zu verhelfen, — daß ist für die III. Internationale ganz Nebensache —, sondern den englischen Rivalen für ein Bündnis gefügig zu machen, resp. den englischen Imperialismus zu schwächen. Gerade in dem Moment, wo es gilt, dem Proletariat die Unmöglichkeit des Sieges auf reformistischer Grundlage zum Bewußtsein zu bringen, das Proletariat vor den verräterischen Gewerkschaften zu warnen, es zu veranlassen, durch eigene Organe, durch Aktionsausschüsse den Kampf zu führen gegen den Kapitalismus, erklärt die III. Internationale in einem Aufruf in der „Roten Fahne" vom 4. Mai:

„Die Kommunistische Internationale erklärt noch einmal im Bewußtsein ihrer Verantwortung: **Wir sind bereit, alle Meinungsverschiedenheiten, die uns grundsätzlich von den reformistischen Elementen der Arbeiterbewegung trennen, zurückzustellen**, um die internationale Solidaritätsaktion um jeden Preis und unter allen Umständen zustande zu bringen".

Das heißt auf gut deutsch: Die III. Internationale ist bereit, die **Bewegung um jeden Preis an die Feinde des Proletariats, an die Handlanger des Kapitals zu verraten.** Wenn die „Meinungsverschiedenheiten" zurücktreten in einem Kampfe von solch weittragender geschichtlicher Bedeutung, so heißt das, daß diese Meinungsverschiedenheit eine alberne verlogene Phrase sind. Im Kampfe selbst soll die revolutionäre Theorie sich bewähren, sonst ist sie — wie bei der III. Internationale — lediglich ein Mittel, um die Arbeiter zu betrügen, zu täuschen.

Der Kampf der englischen Arbeiterklasse setzt — so oder so — einen Schlußstrich unter eine abgelaufene Epoche der reformistischen Arbeiterbewegung. Die Klassen begegnen sich zu eng im Raume, sie können sich gegenseitig nicht mehr ausweichen. Das entscheidende Ringen hat auch im alten England begonnen und der Kapitalismus ist auch in England gezwungen, sich ohne Maske zu zeigen. Mögen die Mühlsteine der internationalen proletarischen Revolution zuweilen auch langsam mahlen. — Sie mahlen!

WTB. Die Beurlaubungen in der Armee sind eingestellt worden. Alle Truppen erhielten die Weisung, sich jederzeit bereit zu halten. Die Eisenbahnen wurden für die Dauer des Streiks unter Staatskontrolle gestellt. Zwei Schlachtschiffe haben auf der Reede von Liverpool Anker geworfen. Ein Truppentransportschiff hat zwei Bataillone Infanterie in feldmarschmäßiger Ausrüstung mit Stahlhelmen in Liverpool gelandet. Alle Spezial-Konstabler wurden aufgeboten. Kriegsschiffe wurden von Portsmouth nach den verschiedenen Teilen des Landes gesandt, um die „Ordnung aufrechtzuerhalten".

# Die fressende Krise der deutschen Wirtschaft

Mit besonderer Spannung sind von der kapitalistischen Presse die Veröffentlichungen des Reichsfinanzministeriums über das Ergebnis des am 1. April 1926 abgelaufenen Rechnungsjahres verfolgt worden. Sie sind eine Quelle und in gewisser Beziehung auch ein Spiegel des Standes der deutschen Wirtschaft. Besonders interessant ist der Vergleich mit dem Jahre 1924, das als Jahr der Stabilisierungskonjunktur einen ungeheuren Ueberschuß brachte. Gegenüber dem Voranschlag ergab sich ein Mehrbetrag von nicht weniger als 2,08 Milliarden. Die Besitz- und Verkehrssteuern ergaben allein einen Ueberschuß von 1½ Milliarden Mark. Von diesen floß aus der Einkommen- und Körperschaftssteuer allein eine Mehreinnahme von 1,04 Milliarden dem Staatssäckel zu. Die Umsatzsteuer ging mit 550 Millionen über den Voranschlag hinaus und die Zölle und Verbrauchssteuern mit 450 Millionen Mark.

Gegenüber dem Riesenplus von 2,08 Milliarden im Rechnungsjahr 1924-25 schloß das Jahr 1925-26 nur mit einer Mehreinnahme von 86 Millionen Mark. Diese Tatsache wird vom Kapital an und für sich als erfreuliche Erscheinung gebucht. Man hatte sich nicht verkalkuliert. Die öffentlichen Kassen können nicht mehr mit ihrem Ueberschuß die Kreise der Privatwirtschaft stören. Mit einem Wort, der Staat ist aus diesem Finanzjahr nicht über das Maß hinaus in seiner Machtposition gefestigt.

Die Verschiebung innerhalb der einzelnen Quartale gibt aber zu stärkster Besorgnis Anlaß. Die Einnahmen aus Besitz und Verkehrssteuern, die von einem Gesamtaufkommen von 6,85 Milliarden allein 4,832 Milliarden ausmachen, zeigen einen Unterschied von 305 Millionen zwischen dem 1. Quartal (April bis Juni 1925) und dem 4. Quartal (Jan. bis März 1926) auf. Um diesen gewaltigen Betrag sind die Einnahmen gesunken. Dies ist besonders auf den Rückgang der Eingänge aus der Lohnabzugssteuer zurückzuführen. Im Jahr 1924 sind aus der Lohnabzugssteuer allein 1,33 Milliarden geflossen. Die Höchsteinnahmen waren im Mai und zwar mit ca. 137 Millionen Mark zu verzeichnen. Während noch im November 118 Millionen Mark eingingen, war im Januar schon ein Sacken auf ca. 105 Millionen und im Februar auf 81,5 Millionen zu verzeichnen. Der März brachte sogar einen Rückgang auf 78,5 Millionen Mark. Gegenüber diesem Ausfall aus dem Lohnabzug ist besonders charakteristisch das Steigen der Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge. Während im Februar 120 Millionen Mark zur Rückzahlung gelangten, erhöhte sich der Satz für März schon auf 150 Millionen. Für April muß mit der gleichen Ziffer gerechnet werden. Einen Eingang von 78 Millionen aus der Lohnabzugssteuer steht fast die doppelte Ausgabe für Unterstützung entgegen. Es kommen also unter Berücksichtigung des lohnsteuerfreien Betrages und der sonstigen Abzüge ca. 15 Prozent des Gesamteinkommens der Arbeiter und Angestellten für Erwerbslosenunterstützung in Abzug. Je 7 Arbeiter haben einen Erwerbslosen zu ernähren. Im Etat waren für den das ganze Jahr auf das Reich entfallenden Anteil, der sich auf ca. 25 Proz. der Ausgaben beläuft, 100 Millionen Mark eingesetzt. Von diesem Betrag entfallen nur 40 Millionen auf die eigentliche Unterstützung und 60 auf die sog. produktive Fürsorge. Dabei sind jetzt vom Reich monatlich die 50 Millionen aufzubringen.

Eine ähnliche Entwicklung zeigt das Einkommen aus der Umsatzsteuer. Hier brachte der Oktober mit 156,33 Millionen Mark den höchsten Ertrag allerdings bei einem Steuersatz von 1½ Prozent. Im November war ein Rückgang auf 96½ Millionen Mark zu verzeichnen, d. h. unter Berücksichtigung der Herabsetzung auf 1 Prozent war der Umsatz um zirka 7 Prozent gesunken. Dezember und Januar brachten infolge des Weihnachtsgeschäftes und der Inventurausverkäufe 83 bzw. 112 Millionen Mark, während im Februar und März ein weiterer Sturz auf je 70 Millionen Mark festgestellt wurde. Dies bedeutet, daß seit dem Oktober die Umsätze um 33⅓ Prozent zurückgegangen sind. Man muß sich selbstverständlich hüten, diese Ziffern all zu genau zu nehmen. Bei der Umsatzsteuer ist man im Gegensatz zur Einkommensteuer auf unzuverlässiges Material angewiesen. Wenn man aber bedenkt, daß die Lohnabzugssteuer einen Minderertrag gebracht hat, der auf einen Rückgang von 60 Prozent schließen läßt, so kann doch die Angabe über die Umsatzsteuer als annähernd richtig unterstellt werden. Einen weiteren Beweis